

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Auslandabonnements 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die in den Ausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwoch“, „Freitag“, „Sonntag und Feiertag“ und „Runderwart“, „Herausgeber: Unterhaltung und Wissen“, „Herausgeber: „Licht“, „Wort“, in die „Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konfiskation des Wortes „Krieg“ durch die Reichsregierung ist ein Verstoß gegen die in der Weimarer Verfassung festgesetzte Meinungsfreiheit. (siehe weiter unten) Die 12. Sitzung des Reichstages am 2. Dezember 1929. (siehe weiter unten) Die 10. Sitzung des Reichstages am 1. Dezember 1929. (siehe weiter unten) Die 9. Sitzung des Reichstages am 30. November 1929. (siehe weiter unten) Die 8. Sitzung des Reichstages am 29. November 1929. (siehe weiter unten) Die 7. Sitzung des Reichstages am 28. November 1929. (siehe weiter unten) Die 6. Sitzung des Reichstages am 27. November 1929. (siehe weiter unten) Die 5. Sitzung des Reichstages am 26. November 1929. (siehe weiter unten) Die 4. Sitzung des Reichstages am 25. November 1929. (siehe weiter unten) Die 3. Sitzung des Reichstages am 24. November 1929. (siehe weiter unten) Die 2. Sitzung des Reichstages am 23. November 1929. (siehe weiter unten) Die 1. Sitzung des Reichstages am 22. November 1929. (siehe weiter unten)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65, Dt. B. u. Disck.-Ges., Depositionskasse Lindenstr. 3.

Champigny.

Deutsch-französische Friedenskundgebung auf dem Schlachtfeld.

Paris, 1. Dezember.

In das Verikon der internationalen Arbeiterbewegung muß das Champigny eingereicht werden.

Champigny ist heute ein Vorort von Paris. An einem Arm der Marne gelegen, rangt sich das Städtchen die Hügel hinan, die einen ausgezeichneten Blick über die Ebene und über die Hauptstadt Frankreichs gewähren. Im militärischen Stil bedeutet das: eine schöne strategische Lage. Also kam Champigny in den Befreiungsgürtel von Paris. 1870, als sich der Ring der Armeen Bismarcks immer dichter schloß, wurde von der französischen Heeresleitung Champigny zum Ausgangspunkt einer Durchbruchschlacht gewählt. Vom 29. November bis 3. Dezember wüteten die Kämpfe. Ruhlose Opfer, die beiden Seiten einen Verlust von achtzehntausend Menschen brachten. Teilweise liegen sie auf den Höhen von Champigny beerdigt, in gemeinsamen Gräbern, Deutsche und Franzosen friedlich beieinander.

Kürzlich beschloß die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung von Champigny, eine Marmortafel in den großen, breiten und einfachen Gedenkstein einzulassen, der am Eingang der Soldatengräber hoch hinaufragt. Auf dieser Tafel steht in großen Lettern:

„Für den Frieden
Durch die französisch-deutsche Verständigung
1. Dezember 1929. Der Stadtrat.“

Die Einweihung dieser Gedenktafel hat am Sonntag stattgefunden. Die Leitung der französischen sozialistischen Partei ließ die Feier zu einer großen deutsch-französischen Friedenskundgebung erweitern. Es erging die Einladung an die Pariser Arbeiter, Sozialdemokraten und pazifistischen Vereinigungen. Es erging die Einladung an den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, die Otto Wels zum Redner delegierte. So weit, so gut!

Wie überall, wo es in der Arbeiterbewegung und in der Arbeiterklasse etwas zu zerklüften gibt, und man trüben fischen zu können, so waren auch die Drahtzieher der französischen Kommunisten flugs bei der Hand. Zwar ist Tag für Tag in der kommunistischen „Humanité“ zu lesen: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“ und immer wieder wird den Lesern die neue drohende Kriegsgefahr an die Wand gemalt. Zwar sind diese Kommunisten in Frankreich eine lächerliche Minderheit, die niemals einen Krieg verhindern kann und nie verhindern wird. Wenn aber die große französische Sozialdemokratie zu einer deutsch-französischen Friedenskundgebung aufruft, dann gibt es für die kommunistische Zentrale nur den einen Ruf: „Nieder mit den Sozialfaschisten, mit den Sozialverrättern, mit den Kriegshelfern! Auf nach Champigny! Zeigt es ihnen, was wir können!“

Also wurden die Pariser Kommunisten aufgefordert, am 1. Dezember gleichfalls nach Champigny zu marschieren, um für den so heiß geliebten Frieden und die Verständigung zu demonstrieren? Ach nein! Wer das glaubt, kennt die Kommunisten schlecht! Den Sozialdemokraten sollte eins ausgewischt und die Friedenskundgebung unmöglich gemacht werden. „Nach Champigny, gegen die Sozialfaschisten!“ schrie am Sonntagmorgen noch einmal das kommunistische Blatt in Balkenschrift. Ist's auch Wahnsinn, so ist es doch Methode. Um so größer war der Wahnsinn, als Paris am gleichen Tage das reaktionäre Frankreich mit der Regierung Lardieu an der Spitze, zu Ehren Clemenceaus einen Aufmarsch am Triumphbogen veranstaltete, um den „Vater des Sieges“ zu feiern, der 1917 die Ministerpräsidentenschaft mit den berühmten Worten übernahm: „Ich mache den Krieg!“

Am Triumphbogen das Frankreich der Reaktion und des Nationalismus! In Champigny das Frankreich des Friedens und der Völkerverständigung! Was hätten sie schon stören können, die Kämpfer gegen den Faschismus und gegen die Reaktion, der Herren Kommunisten. Welch eine schöne Gelegenheit, dort am Triumphbogen zu demonstrieren, wo die Militaristen und Reaktionen, die Feinde Sowjetrußlands und des Sozialismus in treuer Gemeinschaft vereint waren. Aber nein! Dorthin haben sich die Blindgänger Stalins nicht gewagt. Nach Champigny sind sie gekommen. Zwar ein klägliches Aufgebot, angesichts der sozialdemokratischen Massen, und doppelt kläglich im Vergleich zu dem großen Maul der „Humanité“. Ihre Töne aber hatten genügt, daß der Polizeipräsident jede Kundgebung außerhalb der Friedhofsanlagen verbot, und diesen Befehl durch ein gewaltiges Polizeiaufgebot durchzuführen ließ. Keine rote Fahne durfte in den Straßen Champignys mit der sozialdemokratischen Mehrheit gezeigt, kein Lied gesungen, kein Aufmarsch vollzogen werden. Zehntausende von Sozialdemokraten und Pazifisten waren aus Paris gekommen. Auch vielleicht vier, fünftausend Kommunisten. Sie hatten genügt, die Kundgebung außerhalb des eingezäunten Blahes zunichte zu machen.

Dennoch war es eine erhebende Friedensdemonstration.

Preußen und Jugenberg.

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

„Aus den Mitteln der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse sind im Jahre 1914 5 Millionen Mark an den Deutschen Verlags-Verein in Düsseldorf — Geschäftsführer Geheimrat Jugenberg — ohne jeden Rechtsgrund gezahlt worden.“

Beim Zusammenbruch der Gemeinnützigen Siedlungs-Aktien-Gesellschaft Landbank — Aufsichtsratsvorsitzender Geheimrat Jugenberg — hat Anfang 1926 die Zentral-Genossenschaftskasse mit erheblichen Geldbeträgen helfend eingegriffen. Die völlig wertlosen Aktien der Landbank sind später von der Zentral-Genossenschaftskasse oder dem Preussischen Staat zu hohen Preisen dem Konsortium Jugenberg und der Ostbank abgekauft worden.“

Jetzt im November 1929 sind wiederum gegenüber dem drohenden Zusammenbruch der Ostbank — Aufsichtsratsvorsitzender Geheimrat Jugenberg — erhebliche Mittel des Preussischen Staates oder der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse angewendet worden. Es ist fraglich, ob die in der Presse genannte Garantiesumme von 1 Million Mark ausreichen wird.

Der Landtag wolle beschließen, den Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Vorgänge bei der Kreditgewährung an die Reichsbank und Landbankgenossenschaften zu beauftragen, auch diese Finanzgeschäfte der Preussenkasse oder des Preussischen Staates mit den konkursbedrohten Unternehmungen des Geheimrats Jugenberg nachzuprüfen.“

Der Sumpf um die Sklareks.

Die Liste der bestochenen Beamten.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages trat am Montag nachmittag wieder zusammen und nahm zunächst einen Bericht des Berichterstatters aus den Akten der Berliner Aufschaffungs-Gesellschaft entgegen. Hierauf berichtete Regierungsrat Dr. Busch vom preussischen Wohlfahrtsministerium über die Unregelmäßigkeiten, die seinerzeit unter dem Direktor Kovarra bei der Kleideraufschaffungs-Gesellschaft entdeckt wurden und zur Einsetzung eines Staatskommissars führten.

An diese Berichte schloß sich ein hochinteressantes Referat des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Weisenberg über das bisherige Ergebnis der strafrechtlichen Untersuchung:

Die Sklareks stammen aus kleinen Verhältnissen. Im Jahre 1916 wurden sie verhaftet unter dem Verdacht, für den Rittmeister von Kleist Schlepperdienste geleistet zu haben, um Leute vom Militärdienst zu befreien. Kleist starb in Untersuchungshaft, und die Sklareks wurden außer Verfolgung gesetzt. Vorbestraft sind sie nicht. Nach der Gründung ihrer Geschäfte am Hausvogteiplatz kamen sie zunächst mit der Reutlinger Kleider-Versorgungsgesellschaft in Beziehung, an deren Spitze Direktor Kieburg stand. Von dort aus breiteten sich ihre Beziehungen zur Stadt allmählich aus. Sie gelten für sehr reich. Prominente Persönlichkeiten drängten sich in ihren Verkehr, und sie hatten 1929 große Pläne: die Stadtbank sollte in Zukunft nicht einzelne Rechnungen, sondern den Kontraktvertrag selber befehlen, und mit dem Geld wollten sie ein großes Kaufhaus in der Nähe des Spittelmarktes errichten. Sie waren auf der Höhe ihres Wirkens, als sie am 26. September verhaftet wurden. Der Strafrichter darf nicht vergessen, daß alle Leute sie bis dahin für Sonnen hielten; aber es waren wirklich nur Planeten mit geborgtem Licht. (Helterkeit.)

Der Betrag bei der Stadtbank geht von einem inzwischen verstorbenen Stadtbankbeamten namens Hirsch aus, der zuerst den Sklareks erlaubt hat, statt der Originalrechnungen Kopien einzubringen. Seine Hinterbliebenen haben bis zur Verhaftung von den Sklareks eine größere Pension bezogen. Bei der Verhaftung waren im Besitz der Stadtbank für fast 19 Millionen fingierte Rechnungen.

Diese Rechnungen wurden jeweils durch Ueberweisungen vom Post-

scheckamt abgedeckt, die angeblich von den Bezirksämtern herrührten. Es läßt sich eigentlich nicht vorstellen, daß irgendein damit befaßter Beamter der Stadtbank wirklich geglaubt haben kann, die Bezirksämter schicken Boten mit insgesamt 7 Millionen Mark zum Postschickamt, um dort für die Sklareks Geld einzuzahlen. Der Schaden der Stadt beträgt 10 1/2 Millionen.

Um diesen Kreditbetrug durchzuführen, haben die Sklareks mit ihren Verwandten Warschauer, Weill, Kiecwski und Löwenstein umfangreiche Wechselreiterien im Gesamtbetrag von über 15 Millionen getrieben. Nach einer im August 1929 von der Stadtbank eingeholten Auskunft war Warschauer für 5000 Mark, Kiecwski für 6000 Mark gut. Ein umfangreicher Scheckverkehr wurde so vorgetäuscht, daß Bölen Geld von der Stadtbank abholten, es dann auf zwei Konten bei der Bank für Handel und Grundbesitz und der Dresdner Bank einzahlten. Wenn dann die Stadtbank fragte, ob die bei ihr eingelieferten Schecks gedeckt seien, erhielt sie von diesen Banken bejahende Antwort.

Das Bankhaus Gebr. Arnhold hat bereits im Dezember 1927 der Stadtbank mitgeteilt, daß ihr diese Art des Geldverkehrs verdächtig erscheine: sie lehne die Weiterführung der Konten ab, aber die Stadtbankdirektoren Schröder und Hoge, gegengezeichnet von den übrigen Stadtbankdirektoren, haben zu den Akten erklärt, sie hätten sich aus den Büchern der Sklareks überzeugt, daß alles seine Richtigkeit habe.

In der Tat waren diese Bücher, ebenso wie die dazugehörigen Bände fiktiver Korrespondenzen, scheinbar vollkommen in Ordnung. Mit den Wechseln passierte einmal das Malheur, daß Löwenstein das Geld, das ihm Sklareks für die Bezahlung der Wechsel gegeben hatten, zur Deckung eigener Schulden verwendete. Seitdem wurden auch die Wechsel, bei denen Löwenstein oder Kiecwski Aussteller war, direkt bei den Sklareks einkaschiert.

Die Waren der Sklareks waren nicht übersteuert. Infolge der hohen Spesen wurde nichts verdient. Die Sklareks waren überschuldet Ende 1926 mit 2 Millionen, Ende 1927 mit 3 1/2 Millionen, Ende 1928 mit 5 Millionen. Dabei bestaßten alle drei Brüder das Geschäft für ihre

Die Lautsprecher trugen die Reden in die Straßen und Plätze von Champigny. Mit Jubel und begeisterten Zurufen wurde Otto Wels, der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, empfangen, und seine ausgezeichneten Worte, die auch die verdiente Züchtigung des kommunistischen Substrates enthielten, fanden den stürmischen Beifall der Massen. Die Buben aber standen am Rande des Weges und jenseits des Denkmals, übten stundenlang im Sprechchor gemeine Beschimpfungen, und als ihr Geschrei im Beifall für Wels, Blum, Thomas, Grumbach und den anderen unterging, zogen sie die „Humanité“ aus der Tasche und hielten sie in die Luft! Zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

In Paris konnte die Reaktion ungehindert demonstrieren. In Champigny aber wurde es durch die Kommunisten geschafft, eine deutsch-französische Friedenskundgebung in ihrer vollen Auswirkung zu stören. Die Polizei hatte einen Vor-

wand zu verbieten und die reaktionäre Presse wird hohnlachend flöten: „Wir sind es, die eure Friedenskundgebungen beschützen müssen, damit es nicht eine neue Schlacht in Champigny gegeben hat!“ Die „Humanité“ wird aber in der üblichen Weise schreien: „Unter polizeilichem Schutz mußten die Sozialfaschisten marschieren!“

So wird es eingehen, die Champigny, in das Verikon der internationalen Arbeiterbewegung, als ein Beispiel für die kommunistischen Methoden: wie die Kraft der Arbeiterbewegung planvoll und bewußt forumpiert und zerstört wird und wie die Reaktion und die Feinde des Sozialismus billige Triumphe einheimen. Zu gleicher Zeit aber ist dieses Champigny Beweis, daß diese Methoden im eigenen Sumpf ersticken müssen, und daß sich der gesunde Sinn der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse mit Ekel von ihnen abwendet.
Jacob Altmayer.

eigene Tasche und betrogen sich untereinander. Daneben wurden sie auch betrogen.

Stadtmann Salofski holte sich die ihm zustehenden Besetzungsgelder erst von Willi Sklarek und dann von Max Sklarek, ohne daß einer von dem anderen wußte.

Bergweilert war die Lage der Sklareks schon Anfang 1927, als der damalige Stadtbankdirektor von 1 Million gebraucht werden sollte. Ein von ihnen bestellter Stadtbankangestellter namens Schameliat hat sie damals in Verbindung mit der Dresdner Bank, Sonnenberg, mit der Dresdner Bank, Beiba Banken besetzungen der Anschaffungs-Gesellschaft, daß die Sklareks gegen diese fällige Forderungen in der und der Höhe hätten.

In diesen Besetzungen war alles falsch; nur die Unterschriften Gabel und Schallbach waren echt. (Große Bewegung.)

Die bekannte Anzugliste enthält 1500 Konten meist kleiner Leute, lauter minderwertige Ware. Aber eine Expeditionsflotte gibt die Liste der Mahanzüge, die bei Kaller u. Frucht hergestellt wurden, 300 bis 350 Mark kosteten, aber von den Sklareks für 80 bis 120 Mark als eigenes Produkt weitergegeben wurden. Viele inoffizielle Beamte sind ohne den geringsten Verdacht darauf heringefallen. Strafrechtlich belangreicher sind die ausgefundenen Kassenbelege, die durchweg auf Decknamen lauten:

Gabel erhielt jede Woche 300 M. Die Sklareks nahmen ihm sehr übel, daß er die 300 M. auch für die Woche einforderte, in der in Paris war. Außerdem erhielt Gabel einen Schrankefoster für 225 M. und einen Bücherfoster im Werte von 1600 M. Dieser hängt unmittelbar mit dem Monopolvertrag vom 4. April 1929 zusammen.

Leo Sklarek und Degner suchten Gabel am 4. April ganz früh in seiner Wohnung auf, holten ihn gewissermaßen aus dem Bett, um seine Unterschrift zu bekommen. Dabei entdeckte Leo Sklarek, daß in der neuen Gabelschen Wohnung ein Bücherfoster setzte und ihn liefern. Er hat ihn indessen mit Kiergewinn-Buchsein bezahl, so daß die Lieferfirma jetzt nachträglich von Frau Gabel Zahlung gefordert und erhalten hat.

Die gesamte Besetzungssumme für Gabel beträgt 23 477 M.

(Abgeordneter Obuch: Hat er denn das zugegeben?) Ueber das Maß der Geständigkeit bitte ich keine Fragen zu stellen. (Heiterkeit.)

Degner war der böse Geist von Gabel. Er hat alle Verträge und Verfügungen ausgearbeitet, die Gabel nachher unterschrieben oder erlassen hat. Wörtlich nach Vorlage der handelsrechtlichen Konzepte Degners sind teilweise aufgefunden.

So das Konzept einer Verfügung Gabels vom Oktober 1927, die Bezirksämter sollten sofort ihren gesamten Winterbedarf bei Sklarek eindecken. Auch der bekannte Kreditvertrag der Sklareks ist von Gabel entworfen, die Reinschrift auf Sklarek-Papier, mit Sklarekscher Schreibmaschine geschrieben. (Zuruf: Zwecks Vereinfachung der Verwaltung! — Große Heiterkeit.)

Degner hat insgesamt 63 000 M. von den Sklareks erhalten.

Er hat sehr üppig gelebt, 15 000 M. für neue Möbel, 2500 M. für eine Bodenheizung, 9000 M. für Detektorien ausgegeben. Infolge dessen war er mit kleinen Besetzungsgeldern bei den Sklareks immer im Borschuß, so daß ein Angestellter einmal sagte: Der Kleine hat sich schon wieder mächtig vorgefressen. (Große Heiterkeit.)

Stadtrat Benedek hat an Automobilläusen für die Sklareks 5000 Mark verdient. Auch seine Beziehungen zu Rosenhof sind verdächtig. Rosenhof hat seiner Frau erhebliche Zuwendungen gemacht, doch reicht der bisherige Verdacht nicht aus. Die Untersuchung geht weiter. Benedek hat außerdem 1700 M. Kenngewinne erhalten und vor der Amerikareise 1000 M. bar. Angehörig hat das Ruwert mit diesem Inhalt Frau Benedek ihrem Mann nicht gezeigt.

Stadtbankdirektor Schmidt hat ein Kaffeeforvice für 700 M. erhalten, 3156 M. Rennwettengewinn und Pelze für mehrere tausend Mark.

Ebenso Hoffmann Kenngewinne und Pelze. Bei Stadtbankdirektor Schröder sind keine Zuwendungen festgestellt.

Bürgermeister Schneider hat erhalten: zwei silberne Leuchter, eine Kiste Wein, sonstige Geschenke. Es finden sich zahlreiche Kassenbelege auf Dranienburg und ähnliche Decknamen. Degners Deckname ist Dolch, Gabels Deckname Gabriel. Stadtbankdirektor Schmidt erscheint als Schimmel, Stadtbankdirektor Hoffmann als Hammel. (Heiterkeit.)

Bürgermeister Schneider bestreitet jetzt, Barzuwendungen erhalten zu haben; früher hat er Kenngewinne zugegeben. Der Gesamtbetrag der Kassenbelege auf seine Decknamen beträgt über 10 000 Mark.

Stadtmann Salofski für die Sklareks begünstigt hat, steht nicht fest. Einmal hat er versucht, Stadtrat Herrmann zur vorläufigen Auszahlung von 72 000 M. zu veranlassen. Als Herrmann seine Gegenzeichnung forderte, hat er abgelehnt. Die Auszahlung ist daher unterblieben.

Stadtmann Salofski — Deckname Salomon — hatte früher bei den Sklareks die Stellung, die später Gabel bekam. Er erhielt monatlich 200 M. Die ihm zugewendete Gesamtsumme übersteigt 12 000 M.

Bürgermeister Kohl hat sich im Jahre 1924 ein Haus gekauft. Er erhielt dafür von Lewinski, Rehlaff u. Co. ein Darlehen von 20 000 M.

Aber vorher hatte die von ihm geleitete Anschaffungs-Gesellschaft rechtswidrig dieser Dank 50 000 M. Kredit eingeräumt.

Im Jahre 1925 mußte Kohl das Darlehen zurückzahlen. In seiner Not wandte er sich an die Sklareks und erhielt von ihnen das Geld, hat auch die Zinsen an die Sklareks gezahlt. Der vorgeschobene Strohmänn hat Kohl nach der Verhaftung der Sklareks zum erstenmal gesehen. Auch Kohl erhielt Wettgewinne, sogar im Winter. (Heiterkeit.)

Kleburg und Liebert sind schwer belastet. Der Komplex wird gegenwärtig untersucht. Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg bittet den Ausschuß, diese Untersuchung nicht durch Zeugenernehmung zu führen.

Stadtrat Schünning hat im Jahre 1925 den Deckenvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag sowie die Geschichte der Befehle sind Gegenstand der Ermittlungen.

Demnach schwebt das Verfahren gegen die drei Brüder Sklarek wegen Betrug, Urkundenfälschung, Konkursverbrechen und Besetzung, gegen Lehmann wegen Bei-

Amerika greift ein.

Scharfe Erklärung in Moskau und Peking übermittelt.

Washington, 2. Dezember.

Das Staatsdepartement richtete heute an China und Sowjetrußland eine sehr bestimmte gehaltene Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß laut Artikel 2 des Kellogg-Paktes die Signatäre sich verpflichtet haben, die

Lösung aller Streitfragen nur durch friedliche Mittel

zu erstreben. Die amerikanische Regierung erwartet, daß die beiden Regierungen von feindseligen Handlungen absehen und sich in naher Zukunft über eine Methode einigen, durch die der gegenwärtige Konflikt auf friedlichem Wege beigelegt werden könne. Die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß die Achtung, deren sich China und Rußland fortan in der Weltmeinung erfreuen könnten, zum großen Teil von der Art und Weise abhängen werde, wie sie ihr im Kellogg-Pakt übernommenen feierliches Versprechen zur Durchführung bringen.

Bei der Bekanntgabe dieser Erklärung sagte Staatssekretär Stimson, daß es sich nicht um Noten, sondern um Memoranden handele, die vom Gesandten Amerikas in Peking und vom französischen Botschafter in Moskau den beiden streitenden Regierungen mündlich zur Kenntnis gebracht wurden. Gleichzeitig habe er

Abschriften an alle Signatäre des Kellogg-Paktes.

also an 55 Regierungen, gesandt. Der Abendung der Erklärung seien Besprechungen mit fünf Großmächten vorausgegangen, jedoch stelle der gegenwärtige Schritt eine selbständige amerikanische Aktion dar und sei unternommen worden, weil

nach glaubwürdigen Berichten zwischen regulären chinesischen und regulären russischen Truppen Kämpfe stattgefunden hätten und viele Todesfälle gemeldet worden seien.

Ferner weil es feststehe, daß in all den Monaten seit Beginn des Konfliktes keine wirksamen Schritte zur friedlichen Beilegung von China oder Rußland unternommen worden seien. Die

Wirksamkeit des Kellogg-Paktes hänge von der Aufrichtigkeit der Vertragsschließenden ab, und die einzige Sanktion bestehe in der Weltmeinung. Wisse man die kürzlichen Vorgänge in der Mandchurie ohne Protest vorübergehen, so müßte das Vertrauen der Welt in den Friedenswillen erschüttert werden.

Die Haltung Englands.

London, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Henderson teilte am Montag im Unterhaus mit, daß die britische Regierung sich bereit erklärt habe, gemeinsam mit der amerikanischen Regierung bei den chinesischen und russischen Regierungen Stellen vorzulegen zu werden und beide Regierungen auf ihre Verpflichtungen hinsichtlich des Kellogg-Paktes aufmerksam zu machen. Die Frage, ob zwischen Rußland und China Kriegszustand herrsche, sei schwer zu entscheiden. Weder China noch Sowjetrußland hätten irgendeine andere Macht von dem Bestehen eines Kriegszustandes verständigt. Eines Wissens habe China bisher keine definitiven Schritte unternommen, um den Streitfall mit Rußland vor den Völkerbund zu bringen. Da Rußland dem Völkerbund nicht angehöre, würden sich im Falle einer Unterbrechung der Angelegenheit vor dem Völkerbund Schwierigkeiten ergeben. Beide Mächte hätten jedoch den Kellogg-Pakt unterzeichnet. Infolgedessen wäre es seiner Auffassung nach besser, wenn in dieser Richtung die ersten Schritte unternommen würden, ehe die Frage vor den Völkerbund gelange.

Henderson betonte schließlich noch, daß die britische Regierung nicht beabsichtige, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen, ehe sich gezeigt hat, ob die gemeinsame Vorstellung der Unterzeichner des Kellogg-Paktes von Erfolg sei.

Zeitweise Räumung durch die Sowjettruppen.

Peking, 2. Dezember.

Die sowjetrussischen Truppen haben an der östlichen Eisenbahn die Strecke zwischen Charbin und Pogranitschnaja geräumt und sind auf russisches Gebiet zurückgezogen. Die Eisenbahnstrecke wurde am Sonntag nacht wieder von den chinesischen Regierungstruppen besetzt.

Der Weg der Kommunisten.

Die „Prawda“ und die Wahrheit über die Wahlen.

Die Moskauer „Prawda“, das Organ der russischen kommunistischen Partei, jubelt über den „Sieg“ der Kommunisten bei den Kommunalwahlen: „Ein gewaltiger Sieg in Berlin und zahlreichen Industriestädten! Ein neues 1923 steht bald bevor!“ Womit sie meint, daß die kommunistische Partei so stark sei, daß der Oktoberputsch von 1923, der nicht zur Durchführung gekommen ist, nun bald nachgeholt werden könnte.

Diese Hoffnung ist ebenso falsch wie die Darstellung der Tatsachen. Die folgende Uebersicht zeigt, wie sich die Stellung der Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie seit der Wahl von 1924, die die Inflationsperiode abschloß, in den großen Industriegebieten Preußens entwickelt hat.

KPD-Stimmen in Prozenten der SPD-Stimmen.

	4. Mai 1924	20. Mai 1928	17. Nov. 1929
Berlin	88 Proz.	74 Proz.	87 Proz.
Brandenburg	78	43	40
Westfalen	106	40	41
Oberhessen	365	101	73
Rheinland	165	87	76

Das ist der „gewaltige Sieg in Berlin und zahlreichen Industriestädten!“ Die Moskauer „Prawda“ mag ihre Hoffnungen auf die kommunistische Revolution begraben! Ein neues 1923? Die „Prawda“ meint wohl die andere Tatsache, daß die Nationalsozialisten auf Kosten der Kommunisten anwachsen?

Das Republikshutzgesetz.

Keine Doppelvorlage. — Mittwoch erste Lesung.

Der Gesetzentwurf „zum Schutze der Republik und zur Befriedigung des politischen Lebens“ ist jetzt dem Reichstage zugegangen. Die Reichsregierung hat die Änderungen des Reichsrats vollinhalt-

hilfe, ebenso gegen die fünf Verwandten der Sklareks, die Wechselreiterei getrieben haben. Ferner gegen die Stadträte Gabel, Degner, Schünning, Bürgermeister Schneider, Salofski, Stadtrat Benedek, Bürgermeister Kohl, Kieburg, Liebert und Schallbach. Die Sklareks haben auch viele kleinere Beamte in den Fingern gehabt, so haben sie den Buchprüfer des Finanzamts Riffe, Ruding, an dem Tage bestochen, an dem er zum erstenmal anständig bei ihnen erschien. Ruding erhielt zum Schluß 400 M. monatlich.

Hg. Koch (Dnck.) fragt nach der Voruntersuchung gegen den Oberbürgermeister Böß, insbesondere nach seinen Kleiderbestellungen bei Keller u. Furch.

Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg: Es schwebt gegen jeden ein Ermittlungsverfahren, der in der Zeitung überhaupt genannt worden ist. Also auch gegen den Oberbürgermeister. Aber bisher hat sich kein begründeter Anhaltspunkt für die Richtigkeit der Anschuldigungen ergeben. Für etwaige Ungeschicklichkeit oder Taktlosigkeit ist nicht die Strafverfolgungsbehörde, sondern der Disziplinarrichter zuständig.

Hg. Obuch (Konm.) fragt nach dem Ermittlungsverfahren gegen Prolat.

Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg: Wir haben nicht die Aufgabe nachzuschaffen, ob jemand auf irreguläre Weise einen Preis bekommen hat.

Bisher brüht gegen Prolat kein begründeter Verdacht einer strafbaren Handlung.

und ich kann ihn daher trotz seines dringenden Wunsches nicht vernachlässigen. Sollte sich das Material verdichten, würde ich ihn ver-

nehmen, so daß dem Reichstag in keinem Punkte eine Doppelvorlage gemacht worden ist.

Die Mehrheit des Reichstags wünscht die erste Lesung der Vorlage am Mittwoch vorzunehmen.

Staatsgerichtshof und Volksbegehren.

Termin am 17. Dezember.

Leipzig, 2. Dezember.

In dem Streifenverfahren der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegen das Land Preußen betreffend das Volksbegehren hat der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich Verhandlungstermin zur Hauptfrage auf Dienstag, den 17. Dezember, um 10½ Uhr anberaumt.

Das Saargebiet will heim!

Wünsche der saarländischen Landwirtschaft.

Saarbrücken, 2. Dezember.

Gestern nachmittag beschäftigte sich eine Versammlung der freien Bauernschaft des Saargebietes in Bliestal mit der Rückforderung des Saargebietes. Nach eingehenden Erörterungen wurde eine Entschließung angenommen, die an die Reichsregierung die dringende Bitte richtet, bei den Saarverhandlungen der saarländischen Landwirtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die saarländische Landwirtschaft wolle die Rückkehr zu Deutschland. Vor weiteren Opfern wolle sie bewahrt werden, da sie nicht in der Lage sei, sie zu tragen.

Eine gleiche Versammlung hielt die landwirtschaftliche Landesleitung des Kreises Saarbrücken in Brebach ab, in der ebenfalls der dringende Wunsch nach Rückkehr zu Deutschland ausgesprochen wurde, da die saarländische Landwirtschaft nur im Rahmen der deutschen Landwirtschaft völlig gedeihen könne.

nahmen. Aber bis jetzt haben wir gegen Böß und Prolat keinerlei Anhalt strafbarer Handlungen. Aber wir werden alles nachprüfen, auch die Geschichte der Berliner Verlehrs-Gesellschaft und den Kauf von Duppel-Dreitinden.

Hg. Obuch (Konm.): Ist Prolat nicht wegen seines Besuches bei dem Kontrollbeamten wegen Begünstigung zu belangen?

Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg: Offenbar nur dann, wenn er von den Betrügereien der Sklareks wußte. Das ist in hohem Maße unwahrscheinlich.

Hg. Obuch: Vielleicht liegt aber doch bei Prolat der dolus eventualis der Begünstigung vor. Daß er um die Betrügereien der Sklareks gewußt hat, nehme ich ja auch nicht an.

Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg: Der Strafverfolgungsbehörde ist diese Erwägung nicht neu; sie wird sie weiter verfolgen. Auf weitere Fragen erklärt der Staatsanwaltschaftsrat nochmals,

daß bei Böß bisher keinerlei wirtschaftliche Begünstigung der Sklareks ermittelt

sei. Der Produzent Lehmann sei wie die übrigen Angestellten der Sklareks durch gutes Gehalt und Furcht vor Entlassung verführt worden; er habe aber alles rückhaltlos gestanden, und bisher habe sich jede seiner Angaben als wahr erwiesen.

Damit schließt die Bernehmung. In nichtöffentlicher Sitzung beschließt der Ausschuß, mit Rücksicht auf die Wünsche der Staatsanwaltschaft vorläufig auf die Vernehmung von Liebert und Salofski zu verzichten, obwohl Hg. Obuch (Konm.) droht, die Öffentlichkeit über diesen neuesten Vernehmungsvorfall ge-

Die deutschnationale Krise.

Lambach rebelliert.

In der rechtsstehenden „Berliner Börsenzeitung“ wendet sich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach, der nach Hugenberg's Wunsch am Dienstag vom Vorstand der Deutschnationalen Partei mit dem Abgeordneten Trepiranus und anderen aus der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen werden soll, „gegen die Erstarrungsercheinungen im politischen Leben“. Er spricht von „Erstarrungsercheinungen im politischen Leben“ und meint die „Erstarrungsercheinungen“ im deutschnationalen Lager. Dazu schreibt Lambach zum Schluß seines Artikels:

„Setzt sich in einer Partei eine Auffassung durch, die die sorgende Führungnahme und das Mitplanen und -schaffen mit den Kräften, die vom Volke her nach neuer Gestaltung drängen, unterbindet, die den sichtbaren Trägern der Partei unter der Parole „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ bezarrt, dann entsteht für die davon Betroffenen ein Gewissenszwang eigener Art. Ihr Gewissen verpflichtet sie, alle politische Sammlungsarbeit nur im Hinblick auf das eine große Ziel: Dienst der Menschen ihres Landes und ihrer Haltung an Volk und Staat. In bestimmtem Umfange ist er nur auf dem Boden eines Parteigebildes zu leisten. Nun verbietet ihnen die Partei, die doch nicht Selbstzweck sein kann, den Anstoß ihrer Kräfte an den Stellen, die sie für die wichtigsten halten. Sie unterbindet ihnen die Möglichkeit, zu ihren Anhängern zu sprechen, weil dadurch Unruhe entsteht. Sie unterzieht ihre geschriebenen und gesprochenen Worte mährerischer Nachuntersuchung und rüht mit solchem Tun gar leicht an ihren innersten Wert, dem sie nicht mehr gerecht werden zu können scheint. Beispiele für solche Krisen finden sich in der Geschichte zugrunde gegangener Parteien öfter als derjenigen, die es verstanden haben, sich, wenn die Zeit dafür reif ist, in solchen Wechen wirklich zu erneuern.“

Danach hält Lambach die Deutschnationale Partei für eine zugrunde gehende Organisation; denn was er sagt, betrifft ausschließlich die Hugenberg-Partei und bezieht sich auf persönliche Erfahrungen aus allerletzter Zeit.

Die Christlich-Sozialen für die Opposition.

Die Christlich-sozialen Reichsvereinigung, die sich schon auf ihrer letzten Haupttagung ernsthaft mit den Tendenzen der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigte und sich sehr unzufrieden darüber äußerte, hielt am 30. November abends in Berlin eine Sitzung ab. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

„Die versammelten Christlich-Sozialen und ihre Freunde nehmen Kenntnis von dem Schritt der drei Abgeordneten Hartwig, Hüffer und Lambach. Sie begrüßen diese Haltung und stimmen ihr restlos zu. Es erscheint ihnen als Christenmenschlichen unerträglich, die Unterwerfung unter parteiorganisatorische Anordnungen über das Einwirken für das Gewissen zu stellen. Sie hoffen nun diesem Schritt die lang ersehnte Klärung und Neuordnung der politischen Verhältnisse im christlich-sozialen Geist.“

Befreiungsfeier bei Hugenberg.

„Lokal-Anzeiger“ überreicht den „Montag“.

Bericht im Hugenberg'schen „Montag“ über die Befreiungsfeier in Koblenz:

„Die Bevölkerung ist einer innigen Freude nicht mehr fähig. Am Abend zog dann ohne Jubel, still und schweigend, eine dunkle, schwere Masse durch die regennassen Straßen zum Deutschen Gd... Jannitsen des Flammenmeeres zieht die schwarz-rot-goldene Flagge auf. Wieder befüllt Bitterkeit die versammelten Massen. Die Fahne, die dort im Nachhimmel flattert, die Fahne, die die Freiheit der deutschen Stadt Koblenz symbolisieren soll, ist nicht die gleiche, die einst im frohen und schweren Tagen als Einheitszeichen des einigen Deutschen Reiches, des Zusammenschlusses aller Stämme, dort wehte.“

Bericht im Hugenberg'schen „Lokal-Anzeiger“ über die Befreiungsfeier in Aachen:

„Es war wirklich ein einiges Volk, das da auf dem uralten Marktplatz stand und von seiner Liebe zu Deutschland sang. Es geht doch aufwärts, es geht doch aufwärts gehen, mußte man denken. Nie wurde die Hymne besser gelungen, nie aus freierem Herzen. Man ging wie in einem glücklichen Traum umher.“

Wer den Winternachtsfest auf dem Aachener Marktplatz erlebte, der ist zurecht, der ist froh erfüllt von dem Wissen, daß auch die Einigkeit wieder eine Stätte im Vaterland hat...“

Die Kundgebung von Champigny.

Ein Präzedenzfall.

Das Auftreten der Kommunisten in Champigny erinnert daran, wie die Kommunisten schon einmal eine deutsch-französische Friedenskundgebung in niederträchtiger Weise gestört haben. In Suresnes bei Paris trafen sich im Juni 1928 deutsche und französische Sozialisten, um in einer gut vorbereiteten Demonstration für die Verständigung einzutreten. Die Kundgebung war außerordentlich gut besucht und die französischen und deutschen Redner wurden von den Massen begeistert begrüßt. Sie erhielt dadurch einen besonderen Nachdruck, daß sie aus Anlaß einer Reise des deutschen Reichsbildungsausschusses mit mehreren hundert Teilnehmern stattfand.

Als die Demonstration ihren Höhepunkt erreicht hatte, erhob sich auf den Straßen vor dem Versammlungslokal ein müstler Rabau, der von Kommunisten entzündet war. Sie versuchten damals sogar, den Saal zu stürmen. Das konnte von den Sozialisten mit Erfolg abgewehrt werden. Da die Kommunisten merkten, daß sie ohnmächtig waren, daß sie diese Versammlung nicht sprengen konnten, warfen sie mit Steinen die großen Fensterelbeiben des Versammlungsraumes ein. Es gelang ihnen zwar nicht, die Demonstration zu sprengen, aber sie erreichten durch ihr Verhalten, daß der Eindruck der Friedenskundgebung wesentlich geschwächt wurde. Alle Teilnehmer haben diese Gemeinheit dauernd in ihrer Erinnerung behalten und es war, wie in Champigny, wieder ein Beweis, daß die Moskauer gar nicht daran denken, gegen die Reaktion zu kämpfen; ihr Ziel ist, den Sozialismus zu verunglimpfen. Wer die Vorgänge in Suresnes miterlebt hat, der konnte glauben, daß die Störung dieser Sozialistenkundgebung nicht von Kommunisten, sondern von französischen Nationalisten und Chauvinisten erfolgt wäre. Es waren aber tatsächlich Kommunisten, die sich in dieser verbrecherischen Weise am Sozialismus vergingen.

Hängen geblieben.

Für § 4 stimmten nur 60 Abgeordnete.
14 Deutschnationale enthielten sich.



Hugenberg hat das Hindernis des § 4 genommen. Aber nicht ohne Verluste!

Ankunft der Deutsch-Russen.

Nach sowjetischer Ausraubung in Deutschland angelangt.

Swinemünde, 2. Dezember.

Schon in der Nacht zum Sonntag sollten 350 ausgewanderte Deutsch-Russen hier eintreffen. Der Dampfer „Mogel Rykow“ hatte kurz nach der Ausfahrt von Leningrad eine Schraubenmarie, die einen Lufteinhalt von 36 Stunden verursachte. Erst Montag mittag gegen 13 Uhr kam der Dampfer in Sicht. Die Kerkelkommission stellte fest, daß der Gesundheitszustand der Auswanderer durchaus befriedigend ist. Es wurden nur in 15 Fällen Masern festgestellt. Zwei kleine Kinder sind unterwegs gestorben. Die Auswanderung ging verhältnismäßig schnell von statten, denn die deutschen Kolonisten haben

nur die notwendigen Habe mitnehmen dürfen.

Im allgemeinen sind die Leute beschelden und tragen geduldig ihr Schicksal. Aus den Erzählungen der Flüchtlinge geht hervor, daß sie aus allen Gegenden des gewaltigen Russenreiches, aus Sibirien, aus dem Ural, aus der Krim, von der Wolga usw. kommen. Es sei unter den „Segnungen“ der Sowjet Herrschaft nicht mehr auszuhalten gewesen. Die Bauern seien regelrecht ausgeplündert, Steuern von ihnen erprecht worden. Die Sowjetkommunisten hätten ihnen die ganze Ernte abgenommen. Man habe ihnen Vieh, Pferde und Rüge genommen und ihnen nicht das Nötigste zum Leben gelassen. Und gerade der deutsche Bauer sei diesen Drangsalierungen besonders ausgesetzt gewesen, weil er der Schicksale und bei ihm noch etwas zu haben gewesen sei. In der Sowjetunion hätten sie den Mund nicht aufstun dürfen, es sollte keiner die Wahrheit hören.

Siegt auf deutschem Boden schütten die Kolonisten ihr Herz aus.

Seit Mitte August hätten die flüchtenden Kolonisten vor Moskau gelegen, so gut wie auf freier Felde. Unter unendlichen Schamerigkeiten sei dann einem winzig kleinen Teil, aber auch erst nach Schikanen, die Ausreise gestattet worden.

Mehrere hundert Rubel hat der Paß gekostet.

Oberdrein sei ihnen das Bargeld abgenommen worden, so daß sie fast mittellos das Auswandererschiff betreten. Die Führer der Auswanderer seien ins Gefängnis geworfen worden. Die Sowjets hätten nämlich gefürchtet, daß die Wahrheit ins Ausland getragen würde.

Bei dem kräftigen Mittagessen, das die Flüchtlinge bekamen, ließ im Auftrag der Reichsregierung der Präsident des Landesfinanzamtes Stettin, Leherschauer, die Flüchtlinge auf deutschem Boden willkommen sein. Er wünschte ihnen in der neuen Heimat Ruhe, Frieden und Erholung und versicherte, daß deutsche Hilfe ihnen weiter zur Seite stehen werde. Der Führer der Flüchtlinge dankte mit bewegten Worten.

Nachmittags gegen 16 Uhr fuhr der Sonderzug nach dem Barockfänger Hammerstein bei Neustettin ab.

Die weiteren Transporte.

Riga, 2. Dezember.

Der zweite Zug mit deutschstämmigen Auswanderern aus Rußland, 363 Personen, darunter 112 Kinder, ist heute morgen hier eingetroffen. Der nächste Transport von etwa 500 Auswanderern soll heute abend aus Moskau abgehen.

Keine Vorverlegung der Ratsagung.

Die Großmächte gegen Italiens Vorschlag.

Genf, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Januartagung des Völkerbundes wird entgegen dem Vorschlag der italienischen Regierung wahrscheinlich nicht vorverlegt werden. Für den italienischen Vorschlag sind nur eine Reihe kleiner Staaten. Die Außenminister der Großmächte wünschen im allgemeinen, daß der für die Tagung von vornherein vorgezeichnete Termin eingehalten wird.

Neue Regierung Jaspars?

Keine Veränderungen zu erwarten.

Brüssel, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Jaspars hat am Montag mit mehreren seiner bisherigen sozialistischen und liberalen Ministerkollegen beraten. Eine Entscheidung wurde noch nicht gefällt. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß der Beschluß des liberalen Nationalrats vom Sonntag die Bildung einer neuen Jaspars-Regierung, die im wesentlichen der bisherigen gleichen wird, ermöglicht. Vermehrten dürfte bis zur Neubildung der Regierung noch einige Tage ins Land gehen.

Die Kammer tritt erst nächsten Dienstag zusammen.

Die Prager Koalitionsverhandlungen.

Die deutsche Sozialdemokratie bleibt handlungsbereit.

Prag, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Aufsig, der am Sonntag abend abgeschlossen wurde, nahm zur Frage der Beteiligung an der Regierung eine Entschliessung an, in der es heißt: „Trotz aller Bedenken gegen die Möglichkeit einer gedeihlichen Wirksamkeit der sozialdemokratischen Partei des Landes im Rahmen der Koalitionsregierung ermächtigt der Parteitag den Parteivorstand, die Verhandlungen über den Eintritt in die Regierung mit der Mehrheit fortzuführen. Es geschieht dieses einerseits im Hinblick auf die internationale Lage, sowie die

Stellung und die Aufgaben der Arbeiterklasse im Rahmen der internationalen Politik. Es geschieht dies im Interesse der Ermöglichung einer weiteren Ausgestaltung der Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse des Landes mit der tschechischen Bruderpartei. Es geschieht in Würdigung der Ergebnisse der letzten Wahlen und der Notwendigkeit der Abwehr eines sonst unvermeidlichen reaktionären Regimes. Als Bedingung für den Eintritt in eine Regierung und das Verbleiben in ihr verlangt der Parteitag Sicherungen in sozialpolitischer, wirtschaftlicher, demokratischer und kultureller Hinsicht.“

Die Waffen vom Arsenal.

Ein sauberer Treuhänder.

Wien, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Im März 1927 wurden auf Veranlassung des Heeresministers in dem Wiener Arsenal zahlreiche Waffen beschlagnahmt. Dieser Vorgang hatte am Montag vor dem Wiener Schwurgericht ein Nachspiel, in dessen Verlauf der besagte Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ freigesprochen wurde.

Die Waffen wurden von einem Vertrauensmann der Sozialdemokratie, Major Raret, überwacht. Raret vertagte seinerzeit die Regierung auf Zahlung von 15.000 Schilling. Die „Arbeiter-Zeitung“ bemerkte dazu, daß Raret ein Doppelspiel getrieben habe und nimmte seinen „Judasstich“ veranlaßt. Der besagte Redakteur konnte nachweisen, daß in der Tat kein anderer als Raret dem christlichsozialen Heeresminister das Waffenlager verraten hat. Der Heeresminister als Zeuge bestätigte, daß Raret ein Doppelspiel getrieben und er ihn nach der Beschlagnahme der Waffen als einen „Schuja“ bezeichnet hat. Ihm habe Raret erklärt, daß der Schußbund mobilisierte, während dem Schußbund von Raret erklärt wurde, daß der Heeresminister mobilisiere.

Als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Reper-Rheine (Soz.) kommt Johannes Schmitt-Bialek in den Preussischen Landtag.

An Stelle des Abgeordneten Wolf (Nationalist), der sein Mandat niedergelegt hat, tritt der Bauunternehmer Dr. Fritz Kleiner, Beuthen-Oberpräsident (Deutschnationale Volkspartei), in den Reichstag ein.



Das Kind, der Mensch von morgen, soll so früh wie möglich zum Denken, zum Basteln, zu vorläufig spielerischer Arbeit angeregt werden. Die Industrie, als die praktische Ausbeuterin jeder Neuerung, hat diesen Gedanken in die Tat umgelegt. Man hat aber vielleicht bei all diesen klugen Erwägungen die kindliche Psyche ein wenig außer acht gelassen. Der kindliche Denkkörper wird einzig und allein von der Phantasie gespeist, die wiederum ihre eigenen Wege geht. Mit einer großartigen, fix und fertigen Sache imponieren wir einem Kinde lange nicht in dem Maße, wie wir es uns einbilden. Seine Vorstellungswelt von allen Dingen ist eine primitivere, natürlichere und es liebt darum das Spielzeug, dessen Beschaffenheit ihm völlig klar ist, noch besser, an der es aus eigener Einfühlung heraus, mitgearbeitet hat. Daß ein Haustier vier Beine hat und durch einen an seinem Hals befindlichen Strick zum Fortbewegen gezwungen werden kann, ist dem Kinde aus seiner natürlichen Empfindung völlig klar und so wird die hölzerne Kuh ergebnisreicher Herkunft die berlinische Badelente mit dem „Bauchmotor“ immer wieder verdrängen. Natürlich gibt es, hauptsächlich bei größeren Kindern, auch ernsthaftige Reflexionen auf die Erzeugnisse moderner Spielwarenindustrie; im großen und ganzen aber macht sich doch eine Abkehr vom Spielzeug der reinen Vernunft zum Spielzeug der freien kindlichen Phantasie bemerkbar.

Die Herkunft der schönen Dinge.

Eine reich beschickte, vielgestaltige Welt ist es, die den weihnachtlichen Spielwarenmarkt bedient. Charakterpuppe und Hund Fanzu, Affe und Leddybär, Vogel- und Kriechgetier in allen möglichen gratesen Spielorten. All diese Artikel, die oft nach künstlerischen Entwürfen hergestellt werden, kommen in der Hauptsache aus den Spielzeugstädten Sonneberg in Thüringen und Waltershausen, wo sie fabrikmäßig und als Heimarbeit angefertigt werden. Die Herstellungsweise ist in Einzelhandlungen zerlegt, da nicht einer die Stoffe über und füllt sie, der andere malt das Gesicht, der dritte legt die Augen ein. Bei Pappmachepuppen werden wieder an einer Stelle nur die Porzellanöpfe mit aufgestecktem Haar hergestellt und den Torso macht ein anderer. Einfachere, kleinere Puppen werden vielfach an einer Arbeitsstelle fix und fertig in den versandfertigen Kartons verpackt. Während in Thüringen die Puppenindustrie zu Hause ist, kommen die mechanischen Spielwaren aus Süddeutschland (Nürnberg und Fürth); die feineren Holzspielwaren, wie die modernen Puppenwohnstuben und -küchen, Kaufhäuser usw. werden in Württemberg (Büppingen) hergestellt und die kleinen primitiven Holztiere und Figürchen kommen aus dem Erzgebirge. Diese fabrikmäßige Herstellungsweise, die ja nur im Stückzahlbezug wird, wirkt natürlich im Verhältnis zu der oft sehr mühsamen Arbeit eines überaus mageren Bediensteten ab. Die bedauerlicherweise unter den Spielzeugarbeitern sind die armen Erzgebirger, denn wenn man bedenkt, daß ein Duzend kleiner hundertmalster Holztiere mit 20 Pfennig verkauft wird, worin schließlich immer noch ein Verdienstanteil für den Hersteller

erhalten sein muß, dann kann man sich ja so ungefähr ausrechnen, wie hoch, aber besser gesagt wie niedrig der Arbeitslohn ausfallen muß. Gesellschaftsspiele, elegantere Puppenausstattung, Städtchen usw. werden in Berlin selbst hergestellt.

Die große Leipziger Frühjahrsmesse ist der traditionelle Bestelltermin für weihnachtliche Spielwaren und am ersten Sonntag im März kommen in- und ausländische Einkäufer, lassen sich die Muster vorlegen, wählen aus und machen daraufhin ihre Bestellungen. Der Exporthandel ist ein ziemlich ausgedehnter, und zwar ist England mit seinen sämtlichen Dominien (Kanada, Südafrika, Australien usw.) der Hauptabnehmer; sie bekommen die Ware zollfrei; Amerika, bisher der größte Abnehmer, ist seit Einführung des Schutzzolltarifs fast ganz ausgeschlossen und fabrikt zum größten Teil selbst; nur die Puppenköpfe aus Porzellan werden von Deutschland bezogen, da die Porzellanerde hier eine besonders geeignete ist. Auch die Korbschiffe sind gute Abnehmer. Berlin allein hat einen ungefähren Konsum von hundert Waggons (gleich 3 Güterzügen) Spielwaren in der Saison.

Spielzeugladen der Kleinen.

„Ansehen kost nichts“ und die spielerische Braut der großen Kaufhäuser mit allen Schikanen eines ingenieuren kaufmännischen Geistes ist auch dem Kleinsten zugänglich. Da stehen sie ja, strahlend, froh, auf Schritt und Tritt, sofort greifbar, die ambulanten Kaufleute, die ohne ein schützendes Dach und ein strahlendes Licht, ohne die Kunst des Dekorateurs und der nimmermüden Verkaufstrost, Mädchen für alles in einer Person, in Wetter und Sturm ihre Ware feilbieten. Sie stehen sich die Beine in den Bauch und schreien sich die Kehle wund, Humor und gute Laune dürfen aber nicht ausgehen, ob auch die Füße naß und der Regen leer. Als Kleinhandler für den weihnachtlichen Spielwarenverkauf kommen in Berlin etwa 3000 Händler in Betracht, die auf den Weihnachtsmärkten in Buden oder über freistehend auf der Straße ihre Ware anbieten. Für die Belieferung der Straßenhändler existieren etwa 50 Firmen, die sich auf den Bedarf dieser Verkäufer eingerichtet haben. Hier handelt es sich hauptsächlich, wie bereits oben erwähnt,

um sensationell wirkende Neuheiten; ein Jahr ist es die laufende Puppe, das andere Mal die wackelnde Ente usw., die als neuartiges Spielzeug die kleine Gesellschaft erfreuen soll. Der Einkauf ihrer Waren vollzieht sich bei diesen Kleinhandlern einfach, schnell, absolut nicht großartig. In den ersten Dezembertagen, wenn der weihnachtliche Straßenverkauf einsetzt, wird die Verkaufsbude vom Boden geholt und wieder instand gesetzt, der Bauchladen in Ordnung gebracht, aber auch bloß ein Kofferchen und ein paar Pappkartons bereitgestellt, dann geht der Mann oder die Frau — einer bleibt stets im „Geschäft“ — und richtet nach vorfichtiger Kalkulation, das Lager ein. Bar berappen ist Ehrensache, denn Ziel ohne Sicherheit gibt's bekanntlich nicht. Kann einer mehr anlegen, wie zum Beispiel der „billige Jakob“ in der Warschauer Straße, dann kann er bei reichhaltigem Warenlager naturgemäß auch größere Verdienste erzielen. Die meisten aber sind froh, wenn sie sich das Notwendigste einkaufen können, nur nicht zuviel, daß im Gottesmitten keine „Ladenhüter“ da sind; aber dafür sorgt schon die mageren Geschäftskasse; und die schönen, schneelig glühenden Kienäpfel für den Weihnachtsbaum, die holt man sich beiseiten aus dem Wald, macht sie in solche Glühbirnen und fertig ist der „Lad“.

So zeigt der Weihnachtsmann die verschiedenartigsten Gesichter, mal ein behäbig-mildes mit schön gepflegtem weißen Bart, das andere Mal ein arg verhaspelt, sorgengefährtes Altmännchen; für die einen hat er einen ganz großen Sack voll Ueberraschungen und für die anderen bloß eine magere Tüte. Ob nun aber dies, ob wenig unter dem Weihnachtsbaum liegt, tausend fleißige Hände mühen sich rühren, um die heißbegehrten Herrlichkeiten herzustellen.

**Trunkene töteten einen Trunkenen.
Vom Alkoholausbruch in den Blutausbruch.**

Ein brutaler Ueberfall, an dessen Folgen der 24jährige Schlächtergehilfe Neumann verstarb, beschickte das Schwurgericht II. Angeklagt wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg waren zwei Männer namens Koch und Schauland. Die beiden Angeklagten hatten am 1. April, dem zweiten Osterfeiertag, nach dem Besuch mehrerer Lokale die Neuräderhütte in Schlachtensee besucht. Dort gerieten sie mit Neumann, der sehr betrunken war, in Streit. Als Neumann aus dem Lokal geworfen wurde und nach Hause ging, folgten ihm die beiden. Schauland brach eine Kette vom Zaun, schlug sie in zwei Stücke und gab Koch das eine. Von hinten überfielen sie den Neumann und schlugen ihn nieder. Als der Ueberfallene schon am Boden lag, prügelten sie ihn wie im Blutausbruch weiter. Neumann starb einige Tage später, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Das Schwurgericht verurteilte Schauland zu zwei Jahren und Koch zu ein Jahr sechs Monaten Gefängnis und betonte, daß dieser Ueberfall der beiden Angeklagten, die in jüngerer Trunkenheit gehandelt haben wollen, fast einem Totschlag gleich käme.

Damals
Roman von Iwan Heilbut

Christine Gast und Esther Rubin hatten seit einigen Monaten keine Briefe miteinander gewechselt. Esther hatte die Etodung verschuldet, später war noch einmal ein herrliches, wenn auch kurzes Schreiben von ihr gekommen, aber danach hatte sie und endlich auch Christine geschwiegen. Uebrigens hatte Esther sich im voraus entschuldigt: mit vieler Arbeit und wichtigen Ereignissen, von welchen sie erst später berichten wollte.

Als nun Christine in Berlin ankam, mitten im Chaos der zu neuer Arbeit gemüllten Stadt, ging sie gleich vom Bahnhof zum Bazarett, in dem sie Esther beschäftigt mußte. Aber sie erfuhr zu ihrem Bewundern, die Pflegerin Rubin wäre seit Monaten nicht mehr im Dienst dort, und nicht einmal, ob sie sich noch in der Stadt befände, konnte sie erfahren. Erst auf dem Polizeipräsidium erhielt sie Auskunft über Esthers Adresse, und unverzüglich machte sie sich auf den Weg.

Esther bewohnte ein Zimmer in einem Teil der Stadt, wo zumeist einfache, arme Leute wohnen. Christine trat in eine enge Stube ein. Obgleich das Fenster, das auf einen Hof hinausführte, sperrweit geöffnet war und Kälte von draußen ins Zimmer strömte, herrschte ein dumpfer Geruch im Raum. Auf dem Sofa lag, einen Roman in der Hand, Magda Rubin; Christine erkannte sie sofort: im Bett ruhte eine auffallend bleiche Frau, neben dem Bett stand eine Wiege. Christine, verwirrt, sah im Anfang nur Magda an, die zu ihr herauf. Aber dann, von einer Ahnung ergriffen, ging sie näher zum Bett, bis zur Wiege — und von dort betrachtete sie das bleiche Gesicht.

Esther! ... Was ist denn inzwischen geschehen?
Esthers Gesicht verzog sich zu einem Lächeln, aber gleichzeitig füllten sich ihre Augen mit Tränen. Da sagte sie: „Ja, ich bins, Christine.“

Magda war inzwischen vom Sofa aufgestanden, sie sagte von hinten Christines Schulter und schrie, als ob sie

Christine für schwerhörig hielt: „Du darfst sie nicht aufregen! Sie ist noch so schwach. Sie ist erst seit einigen Wochen Mutter!“

Offenbar war es für Magda ein Vergnügen, das Gesicht der Besucherin hierauf zu beobachten. Christine sah zur Wiege und sagte nichts; Magda nickte. Esther sah aber die Freundin unverwandt an, und in ihren Augen kam ein fiebriges Glimmen auf. Christine bemerkte das wohl.

„Kann ich dir helfen, Esther? Was soll ich tun? Ich will dir beistehen, wie ich nur kann — außer mit Geld. Ich habe selbst kaum zu essen mehr.“

„Du kannst bei uns wohnen“, sagte Esther hastig und ergriff ihre Hand, um sie zu pressen und zu streicheln. „Wir beide, Magda und ich, wohnen in diesem Zimmer zusammen. Aber die Birin hat noch ein Zimmer mit Bett, da kannst du schlafen. Ueber den Tag wohnst du mit uns hier im Zimmer — ja?“

Magda ging summend herum, dann legte sie sich wieder aufs Sofa. „Wie geht es dir?“ schrie sie von dorthin, wieder so auffällig laut wie vorhin. Aus der Wiege kamen wimmernde Laute.

„Setz dich doch zu mir aufs Bett“, bat Esther, in deren Augen noch immer das Fieber war. „Du arme, da seh ich die Korbe vom Brand. Du hast viel gelitten, Christine — ich auch. Siehst du den angefangenen Brief auf der Fensterbank. Ich wollte dir schreiben, schon lange wollt ich dir schreiben. Aber —“ sie unterbrach sich, ihr Blick sah in die Wiege hinein. Christine lüpfte ein wenig die Decke, eine graue Decke mit weißen Streifen.

„Nachher, Christine, will ich dir alles erzählen, aber du mußt beginnen. Wo kommst du nun her?“

Als Christine ihre Geschichte beendet hatte, kam vom Hof her durchs Fenster die Dunkelheit. Magda entzündete das Gaslicht, nahm von einem Schrank, dessen Aufsatz mit Rippen überladen war, einen kleinen samtigen Hut, kleidete sich zum Ausgehen an und fuhr mit einem rolaweislichen Fuderschwamm übers Gesicht. Vor dem Spiegel, der auf dem Waschtisch stand, zog sie sorgsam Striche an Wimpern und Brauen — und als sie dann zum Fortgehen grüßte, blieb Christine der Gruß in der Kehle stecken, so verändert sah Magda jetzt aus. Sie schwieg still, noch als Magda längst aus der Stube war. Hm hm, dachte sie nur.

„Nun sprich von dir“, verlangte sie dann. Ihre Stimme war hart, wie sie immer war, wenn wichtige Dinge in Frage standen.

Esther erhob sich in ihrem Bett, sie war schön, wenngleich mager und bleich. Sie nahm das Kind aus der Wiege an die Brust. Plötzlich begann sie: „Christine, du hast vorhin gesagt, beistehen molltest du mir —“

„Ja, Esther.“

„Ich heiße nicht mehr so“, sagte Esther flüsternd, „ich habe mir deinen Namen entliehen. Geh auf die Post und frage nach Briefen, es liegen dort welche mit deinem Namen, aber sie sind für mich, Christine! Der Mann, den ich liebe, der Mann, der mich liebt, der Mann, der der Vater dieses Kindes ist, nennt mich mit deinem Namen.“

„Christine?“

„Noch mehr, auch Gast.“

„Christine Gast? Das bin ich ja, haha.“

„Er ist aus einer Adelsfamilie. Und als ich ihn sah, da lieb ich ihn gleich. Und er liebte mich, wir mußten gleich alles, wir mußten das schon in der ersten Stunde. Aber daß ich eine Jüdin bin, durft ich nicht sagen. Und so lieb er bis heute — Christine Gast.“

Christine sah ihre Freundin an, um den Mund herum zuckte es, aber sie sagte nichts, denn Esthers Geschichte war noch nicht zu Ende. Als Christine aber „Hohenau“ hörte und einiges mehr — da verlor sie den Kopf, sie sah ihre Freundin mißtrauisch an und hätte wohl Lust gehabt, ihr Fieber zu messen. Aber die Geschichte ging lückenlos fort, Christine verank in Horchen und Staunen.

„Er kam zweimal auf Urlaub, jedesmal waren wir heimlich zusammen. Beim zweitenmal mar er Offizier. Ich mar damals noch Schwester im Bazarett, noch Monate nachher war ich im Dienst. Dann konnt ichs nicht mehr verheimlichen und mußte fort. Damals wurden auch die Briefe für dich so selten. Nun weißt du den Grund denn. Christine, mir liebten uns, Hans und ich, wie noch heut — wir hatten so ganz alles andere vergessen, außer uns beiden und unlerem Glück, wir waren nur für einander da — da wußte ich gleich, das Kind würde kommen. Und ich war keine Stunde unglücklich darum. Und es würde auch gut sein, alles gut sein“, fing sie plötzlich zu küstern an, und klammerte ihre Hände um den Arm der Freundin, immer höher hinauf, bis sie Christines Schulter umspannt hielt, es würde auch gut sein in aller Zukunft, und glücklich er und ich und das Kind — könnte ich nur noch eine Zeilang so leben als Christine Gast! Wenn dein Name vorerst noch mir gehörte, dann mar alles gut.“

(Fortsetzung folgt)

Frauenmord in Dortmund.

Kein Zusammenhang mit den Düsseldorf Bluttaten.

Dortmund, 2. Dezember.

In der Nacht zum Montag, kurz nach 3 Uhr, wurde die Ehefrau Martha Kiefer mit durchschnittener Kehle auf offener Straße aufgefunden. Nachdem die Mordkommission den Tatbestand aufgenommen hatte, wurde die Leiche dem Leichenschauhaus zugeführt. Es handelt sich bei der Ermordeten um eine Prostituierte, die der Polizei seit langem bekannt war. Sie war verheiratet und wohnte mit ihrem Ehemann zusammen. Als Täter kommt ein aus Duisburg stammender Mann in Frage, der der Ermordeten Zuhälterdienste leistete. Die Kriminalpolizei, der seine Personalien bekannt sind, jagdet eifrig nach ihm.

Entgegen den in der Stadt verbreiteten Gerüchten wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Mord mit den Düsseldorf Bluttaten in keinem Zusammenhang steht. Die Leiche weist nur einen Stich in den Hals auf. Die Kriminalpolizei nimmt an, daß Frau Kiefer im Verlaufe eines Streits getötet worden ist. Der tödliche Stich ist mit einem Küchenmesser ausgeführt worden, und zwar mit solcher Wucht, daß er bis zur Wirbelsäule durchdrang, wobei die Klinge des Küchenmessers abbrach.

In Altendorf bei Medenheim ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonnabendabend ein furchtbares Unglück. Bei der Herrichtung eines Böllers, der bei der mitternächtlichen Feiern abgeschossen werden sollte, explodierte dieser plötzlich. Durch die umherfliegenden Eisenstücke wurden zwei Schmiedemeister so schwer verletzt, daß der Tod bald darauf eintrat. Drei weitere Personen wurden erheblich verletzt.

Hypnose ist nicht physische Gewalt.

Griffens Verurteilung endgültig.

Leipzig, 2. Dezember.

Der Schriftsteller Leo Rosjowicz, der unter dem Namen Griffen Vorträge über Hypnose gehalten hat, wurde am 28. November 1927 in einem aufsehenerregenden Gerichtsverfahren wegen Sittlichkeitsverbrechens nach Paragraph 176 vom Schöffengericht Hirschberg zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Rosjowicz war beschuldigt worden, ein Zimmermädchen in einem Hotel in Warmbrunn vergewaltigt zu haben, nachdem er es durch hypnotische Einflüsse widerstandlos gemacht hätte. Die Strafkammer beim Landgericht Hirschberg hat auf die Berufung des Rosjowicz das Urteil aufgehoben und hat lediglich wegen fahrlässiger Körperverletzung und Beleidigung auf sechs Monate Gefängnis erkannt. Gegen dieses Urteil hatten Angeklagter und Staatsanwalt beim Reichsgericht Revision eingelegt. Am Montag wurde die Entscheidung des 2. Strafsenats verkündet: Sowohl die Revision des Staatsanwalts, als auch die des Angeklagten Rosjowicz werden verworfen. Die Strafkammer hat als zutreffend festgestellt, daß das Mädchen durch den Angeklagten Rosjowicz in den Zustand der Unmündigkeit versetzt worden ist, in dem sie sich in den beiden Tagen befand. Nach Herbeiführung dieses Zustandes hat Rosjowicz die unter Anklage gestellten unzüchtigen Handlungen an dem Mädchen vorgenommen. Bereits deshalb hat dann die Strafkammer mit Recht nicht nur die Anwendung des Notzuchtparagraphen, sondern auch des Paragraphen 176 Abs. 1 abgelehnt. Dieser Paragraph fordert die Anwendung physischer Gewalt zum Bruch eines Widerstandes. Das bloße Verlegen in einen willen- oder bewußtlosen Zustand kann noch nicht als Gewaltanwendung im Sinne des Paragraphen 176 Abs. 1 angesehen werden. Zur Revision des Angeklagten wird nur ganz kurz bemerkt, der Tatbestand der Körperverletzung ist einwandfrei festgestellt worden.

Sie wollte ihrem Freund gefallen...

Von einem Eindringling wollte eine Hausangestellte Rosa H. in der Freiberger-vom-Stein-Straße überfallen und niedergeschlagen sein. Bei der Aufnahme des Tatbestandes hatten sich gleich Einzelheiten gezeigt, die Zweifel an der Echtheit des Ueberfalles aufkommen ließen. Diese Zweifel sind vollumfänglich beseitigt gewesen, denn schließlich hat sich das Mädchen jetzt dazu bequemt, zuzugeben, daß sie die ganze Geschichte erfunden hat. Sie hat einen Freund, dem gegenüber sie die große Dame spielen wollte. Als sie neulich allein zu Hause war, brach sie einen Geldkasten auf, stahl daraus 50 M. und versteckte den Schein in einer Tasche. Dann frisierte sie alles für den Ueberfall und ließ sich „hilflos“ von einer anderen Angestellten finden. Die entwundene Banknote wurde gefunden, das Mädchen hatte durch ihren Aufenthalt im Krankenhaus noch keine Gelegenheit gehabt, etwas davon auszugeben. Sie ist nach dem Geständnis wieder entlassen worden.

Poliklinik für minderbemittelte Juden.

Eine Poliklinik der jüdischen Gemeinde ist in der Gegend des ehemaligen Schanenviertels im Hause Linienstraße 19 eingerichtet worden. Hierzu hat die jüdische Gemeinde sich entschlossen, weil in der Bevölkerung dieses Stadtteils die minderbemittelten Juden stark vertreten sind. Die Poliklinik wird aber ihre Hilfeleistungen nicht auf Juden beschränken, sondern sie auch Nichtjuden gewähren. Es wird nur auf Inanspruchnahme durch minderbemittelte gerechnet, doch sollen die Hilfesuchenden, wo es möglich ist, zu einem kleinen Kostenbeitrag herangezogen werden. Kassenmitglieder werden hier nicht behandelt. Den Zuschuß, den der Betrieb erfordert, wird die jüdische Gemeinde geben. Die Poliklinik hat eine Abteilung für innere Krankheiten unter Prof. Dr. Lewin und eine Abteilung für Chirurgie unter Privatdozent Dr. Picard. Erweiterungen durch Spezialabteilungen sind geplant. Das Haus ist alt, aber die der Poliklinik zugewiesenen Räume sind erneuert worden.

Berlins neuer Fleischgroßmarkt.

Erweiterungen des Vieh- und Schlachthofes.

Nach dem Kriege hatte die Berliner Stadtverwaltung die schwierige Aufgabe, die in den Jahren der Not vernachlässigten städtischen Einrichtungen wiederherzustellen und dem Bedürfnis entsprechend zu erweitern. Wieweil Aufbauarbeit in der seit Kriegsausbruch verfallenen Zeit die Stadt Berlin trotz aller Anapport der Mittel gelähmt hat, das haben in der Kommunalverwaltung die Gegner der „roten Rathausmehrheit“ sorgfältig verschwiegen. Auch auf dem Vieh- und Schlachthof ist Aufbauarbeit getan worden, die sich sehen lassen kann. Am Montag wurde das bisherige Ergebnis der dort ausgeführten Wiederherstellungs- und Erweiterungsarbeiten von Mitgliedern der Stadtverwaltung und von Abgeordneten des Landtags und des Reichstags besichtigt.

Umfangreich genug sind schon die Wiederherstellungsarbeiten gewesen. Beispielsweise mußten an den Verkaufshallen von zusammen 20 000 Quadratmeter Flächeninhalt die Dächer samt Gebälk vollständig erneuert werden. Die Erleuchtung der gesamten Gasbeleuchtung mit 5000 Lampen durch elektrische Beleuchtung kostete 600 000 M. Die Gesamtkosten der größeren Wiederherstellungsarbeiten belaufen sich auf 6 Millionen Mark.

Das Hauptstück der Aufbauarbeit waren die Neu- und Erweiterungsarbeiten. Für sie einschließlich Erwerb der Erweiterungsgelände sind bisher 17 1/2 Millionen Mark ausgegeben worden. Es galt vor allem, da draußen den längst nötig gewordenen neuen Fleischgroßmarkt zu schaffen. Er steht jetzt ziemlich fertig da mit gedeckten Verkaufshallen von 30 000 Quadratmeter, mit einem Kühl- und Gefrierhaus von 5000 Quadratmeter, mit reichlichen Laderampen, mit Anfahrtsgleisen von 6 Kilometer Länge, mit einem Aufsichtsgelände von 34 000 Quadratmeter, 10 000 Menschen und 1000 Fuhrwerke verkehren auf dem Berliner Fleischgroßmarkt an den Hauptmarkttagen. Der jährliche Umsatz wird auf 400 Millionen Mark geschätzt.

Auf dem Schlachthof sind neu errichtet worden ein Hammelschlachthaus und umfangreiche Kühlanlagen, von denen Ralte bis auf 1200 Meter Entfernung geliefert und in die Hallen geleitet wird. Im Bau ist ein Rinder- und Schweine-Schlachthaus, das mit allen Neuerungen ausgestattet sein wird. Die Kosten für dieses Schlachthaus sind auf 2 500 000 M. veranschlagt. Geplant werden neue Schweine- und Rinder-Schlachthäuser. Auch bessere Einrichtungen zum Fleischtransport zwischen Schlachthof und Großmarkt will man schaffen, wobei die in Amerika gemachten Beobachtungen verwertet werden sollen. Die schon ge-

nehmigte Untertunnelung der Landsberger Allee wird 1 800 000 Mark kosten.

Der Viehof hat eine Halle für Auslandsschweine erhalten, die Rinderhalle ist vergrößert worden und das Börsegebäude hat man aufgestockt. Die sehr großen Verkaufshallen und 14 Kilometer Eisenbahnanlagen bewältigen einen jährlichen Viehauftrieb von 1 500 000 Schweinen, 200 000 Rindern, 260 000 Kälbern, 520 000 Schafen. Der jährliche Grundsatz wird hier auf 350 Millionen Mark geschätzt.

Das Gelände des Vieh- und Schlachthofes ist jetzt über 250 Morgen groß und ist mit über 100 Gebäuden besetzt. Wenn man die ausgedehnten Anlagen durchschreitet, erhält man erst die rechte Vorstellung von der Größe der Aufgabe, die die vier Millionenstadt Berlin mit Fleisch zu versorgen.

Eine Mittelfstadt zieht nach Berlin.

In dem Jahresbericht der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen vom Jahre 1928/29 wird die Zahl der eingetragenen Wohnungsuchenden am 1. Januar 1929 mit 195 364 nachgewiesen. Der Wohnungsnachweis, der eine der umfangreichsten Tätigkeitsgebiete des zentralen Wohnungsamtes und der Bezirkswohnungsämter ist, hatte die Vergebung von 37 429 Wohnungen in dem Zeitraum von 1. April 1928 bis 31. März 1929 zu bearbeiten.

Die Zahl der ausgestellten Wohnungsberechtigungscheine für nach Berlin zugezogene Personen, die Anspruch auf eine selbständige Wohnung haben — die zur Familie gehörenden Familienmitglieder sind außer Betracht gelassen —, ergab 30 840. Obwohl Wohnungsberechtigungscheine, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nur solchen Personen erteilt werden, die bereits in Berlin polizeilich gemeldet und beruflich tätig sind, und außerhalb Berlins eine tauschfähige Wohnung nicht haben, oder über sechs Monate sich erstreckende vergebliche Tauschversuche nachweisen können, hat sich wiederum die Zahl der im Berichtsjahr ausgestellten Wohnungsberechtigungscheine für von auswärts zugezogene erheblich vermehrt. Im Kalenderjahr 1927 betrug die Zahl dieser Scheine 26 069 gegenüber 30 840 im Jahre 1928/29. Die Zugangszahlen betragen in den letzten Jahren: 1924: 8967; 1925: 15 652; 1926: 20 526; 1927: 26 061; 1928: 31 194.

Hauseinsturz bei Montpellier.

Ehepaar unter den Trümmern begraben und sofort tot.

Paris, 2. Dezember.

Aus Montpellier wird ein neuer Hauseinsturz gemeldet, der sich in der Ortschaft Champlon ereignete. Ein altes, längst baufälliges Haus, stürzte vollständig in sich zusammen und begrub unter seinen Trümmern ein altes Ehepaar, das Besitzer des Hauses war. Die beiden alten Leute waren sofort tot. Ob sich noch mehrere Opfer unter den Trümmern befinden, konnte noch nicht festgestellt werden. Feuerwehr und Polizei sind eifrig mit Aufräumarbeiten beschäftigt.

Voruntersuchung gegen Frau Klop.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I hat nach dem Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen Frau Klop wegen aktiver Bestechung und den Oberstelegraphensekretär i. R. Sahabrad wegen Beihilfe hierzu und gegen den Regierungs- und Baurat Arnold, den Reichsbahnobersekretär Kneifel, den Oberstelegraphensekretär Sebram und den Telegraphenoberbauführer Ködlich wegen schwerer passiver Bestechung eröffnet. Die zuletzt genannten vier Beamten sind vom Amt suspendiert worden.

Spielzeug einer vergangenen Zeit.

Ein großes, angesehenes Kaufhaus im Berliner Westen zeigt in seinem Spielwarenhause in der Nähe des alten, modernem Spielzeug auch ein paar Bodenpfeile, die man geschickt „eingeschmuggelt“ hat: Eine Parade Jägersoldaten mit der zu erkundenden Festung. Stolz weht dabei das Fähnlein Schwarzweißrot! Die Freude am Soldatenspiel hat nicht nur bei den Großen, sondern zu unserer Freude auch bei den Kleinen merklich nachgelassen und Jinnpfeile sind auf dem Spielzeugmarkt längst nicht mehr Mode. Zur Weihnachtszeit aber hoffen die Kleinsten „Heereslieferanten“ ihre alten Bestände loszumachen. Ein Kaufhaus, das mit dem Konsum der Rasse rechnen muß, und das bisher den guten Ruf hatte, den schwarzrotgoldenen Reichscharben stets den ihnen gebührenden Platz eingeräumt zu haben, muß selbstverständlich auch darauf bedacht sein, derartige Entgleisungen zu vermeiden.

Berliner Beamtenvereinigung in Konkurs.

Die Versuche, die zusammengebrochene Berliner Beamtenvereinigung auf außergerichtlichem Wege zu sanieren, sind jetzt sämtlich endgültig gescheitert. Das Konkursverfahren wird nun durchgeführt werden, nachdem das Landgericht die vom Vorstand der Berliner Beamtenvereinigung eingelegte Beschwerde zurückgewiesen hat. Demnach findet die erste Gläubigerversammlung statt, in der der Konkursverwalter einen Überblick über die bisher sehr verworrene finanzielle Lage der Berliner Beamtenvereinigung geben wird, die bekanntlich als erstes der Beamtenfinanzinstitute verkracht.

Sie sind ausgestattet mit allen Hilfsmitteln, die zum Betrieb einer Poliklinik nötig sind. Am Sonntag wurden die Räume mit einer kleinen Feier, an der hauptsächlich Ärzte teilnahmen, eingeweiht. Die Einrichtungen der Poliklinik fanden bei der sich anschließenden Besichtigung den Beifall der Gäste.

Wer ist der ermordete Köhler?

Zwei Leute gleichen Namens im Freikorps Oberland.

Die Justizpressestelle in Breslau teilt mit: Die Ermittlungen im Falle Lampel und Genossen erschweren sich dadurch, daß, wie nun mit ziemlicher Bestimmtheit feststeht, in der fraglichen Zeit, also im Juni-Juli 1921, dem Freikorps Oberland zwei Offizierskollaboranten namens Friß Köhler von gleicher Größe und Gestalt angehört, und daß ein Teil der vernommenen Zeugen den zweiten Friß Köhler meinte, über dessen Verbleib bisher nichts ermittelt werden können. Auch von dem zweiten Friß Köhler und seinen Leuten befinden sich Lichtbilder im Besitz des Untersuchungsrichters. Die Gruppe, zu der der zweite Friß Köhler gehörte, führte eine Fahne mit der Aufschrift Oberglogau und sollte der Kompanie des Leutnants Randt, die sich Stern von Finsterlin nannte, angegliedert werden. Der frühere Leutnant Randt konnte wegen technischer Schwierigkeiten noch nicht vernommen werden. Ihm ist ein Lichtbild des getöteten Köhler zugesandt worden, auf das er sich aber noch nicht geäußert hat. Nach den Angaben einiger bisher vernommener Zeugen scheint aber der von Randt erwähnte Köhler nicht der Getötete zu sein, sondern der zweite Köhler, der mit Randt nach den Angaben der Zeugen in Streitigkeiten geriet, als die Gruppe Köhler in die Kompanie des Randt eingereicht werden sollte. Dieser zweite Köhler wird sonst von seinen Leuten als ein anständiger Vorgesetzter bezeichnet, während der getötete Köhler ein roher Mensch gewesen sein soll, der gerne mit der Keilpeitsche schlug. Der zweite Köhler sollte wegen Gefährlichkeiten zur Stammkompanie verhaftet werden, entflohen aber, ohne daß weitere Feststellungen über seinen Verbleib getroffen werden konnten.

Lampel selbst bestreitet, wie die B. S.-Cor. wissen will, die Existenz eines solchen Doppelpängers des in Wadenau Getöteten. Lampel behauptet vielmehr, daß es in seiner Formation damals nur eine n Friß Köhler gegeben habe und daß wahrscheinlich eine Verwechslung mit einem Offizier-Kollaboranten mit einem ähnlich klingenden Namen vorliege. Der in der Wadenauer Festung getötete Friß Köhler alias v. d. Lanke ist jedenfalls nach dem bei den Alten befindlichen Bild von seiner eigenen Mutter wiedererkannt worden.

In der Badewanne ertrunken.

Einen tragischen Tod fand gestern nachmittag die 16jährige Hausgehilfin Erika Koch in der Hildegardstraße 24 in Wilmsdorf. Das junge Mädchen war gegen 15 Uhr in der Badestube mit Wascharbeiten beschäftigt. Als einige Zeit später die Wohnungsinhaberin nach dem Rechten sehen wollte, machte sie eine schreckliche Entdeckung. Erika K. lag mit Kopf und zum Teil mit dem Oberkörper regungslos im Wasser. Man rief sofort einen benachbarten Arzt herbei, dessen Bemühungen aber erfolglos blieben. Die Leiche wurde beschnitten. Nach dem Befund liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. Offenbar ist das Mädchen von einem Ohnmachtsanfall betroffen worden, dabei in die Wanne gestürzt und hilflos ertrunken.

AMOL hilft bei Rheuma, Ischias, Nerven- und Erkältungsschmerzen. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Nur Margarine Rama im Blauband doppelt so gut

200 Jahre Berliner Meisterflöten.

Die Geschichte der verschiedenen Instrumente weist eine Reihe von Städten und Dörfern auf, die zeitweise als Herkunfts- und Verfertigungsorte zur Berühmtheit gelangt sind. Zu diesen gehört auch Berlin.

Während die Italiener ihre „Flauto“ als Holzblasinstrument in einfachster, herkömmlicher Ausführung bauten und die Franzosen im 18. Jahrhundert ihrer „Flüte“ eine kleine Verbesserung, nämlich eine Klappe, beifügten, wurde die Flüte durch Joh. Joachim Quanz (1697—1773) bedeutend ausgebaut. Aus der Hand dieses Meisters der Flüte, dieses Komponisten, gingen in Berlin Meisterinstrumente hervor, die die Flüte auf ein erhöhtes Niveau brachten und ihr einen bevorzugten Platz im Orchester errangen. Schon 1726, als Quanz sieben Monate lang mit dem Pariser Flütisten Blavet, einem Manne „von Gefälligkeit und guter Lebensart“, zusammenarbeitete, nahm er die ersten Verbesserungsversuche an der Flüte vor und fügte der einen (der ersten) Klappe eine zweite bei. Vor 200 Jahren nach Berlin als Musiklehrer berufen, zugleich gut besoldeter Flütist der sächsischen Hofkapelle des Polenkönigs August von Sachsen, wandte Quanz sein Kunststudium nimmermehr lediglich der Flüte zu. Durch den beweglichen Flütentyp, die doppelte Klappe und den Einschlepptröpfel, seine Erfindungen, verließ er der Flüte große technische Vollkommenheit. Er erreichte es, daß dieses Instrument nimmermehr einen halben Ton höher oder tiefer gestimmt werden konnte. Diesem Fortschritt trugen auch die 300 von Quanz komponierten Konzerte Rechnung. Von Friedrich II. an seinen Hof berufen, verlegte sich Quanz auch u. a. auf den Bau seiner Flöten. Für jede Flüte, die er für den König anfertigte, waren ihm 100 Dukaten zugesichert. Der König selbst veranlaßte, um das zum Flötenbau nötige und brauchbare Material zu beschaffen, daß an seine Adresse aus Portugal Ebenholzstämmen verfrachtet wurden. So genöß Berlin den Ruhm, Geburtsort der besten Meisterflöten zu sein.

Rätselhafter Seilbruch.

Drei Tote auf der Treppe Hannibal.

Bochum, 2. Dezember.

In einem Stapelschacht über der 615-Meter-Softe der Schachtanlage Hannibal riß gestern um 4.30 Uhr morgens bei Schluß der Nachschicht während der Aushubt das erst vier Monate alte Förderseil. Die Seilschicht war in dem betreffenden Stapelschacht behördlich genehmigt. Auf dem Korbe befanden sich im Augenblick des Seilbruchs drei Leute. Ein Mann war sofort tot, die zwei anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus Bergmannsheil eingeliefert, wo sie nach wenigen Stunden starben. Das Seil wurde erst vor 14 Tagen bei der vorgeschriebenen Revision für gut befunden.

Chepaar überfahren und schwer verletzt.

Am Montagabend ereignete sich im Norden Berlins an der Ecke Schweden- und Christianiastraße ein schwerer Verkehrsunfall. Beim Ueberfahren des Fahrweges wurden dort der 55jährige Schmied Otto Mohr aus der Hansastraße 17 in Reinickendorf und seine 55 Jahre alte Frau Martha von einem Lastauto überfahren. Das Ehepaar wurde durch die Feuerwahr ins nahegelegene Jüdische Krankenhaus gebracht, wo bei der Frau schwere innere Verletzungen und bei dem Mann ein Schädelbruch festgestellt wurden.

Bekämpfung der Volkskrankheiten in Preußen.

Trotz der angespannten Finanzlage Preußens finden sich wiederum ansehnliche Beträge im Etat für 1930, die dem Wohlfahrtsministerium für die von ihm geleitete bzw. beaufsichtigte Arbeit zur Bekämpfung der gefährlichsten Volkskrankheiten zur Verfügung stehen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, befindet sich, abgesehen von einem Fondsposten von 500 000 M. für medizinisch-polizeiliche Zwecke (im Vorjahre 410 000 M.) und ähnlichen kleineren Posten von zusammen rund 100 000 M. (darunter eine Beihilfe zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit) ein Etatposten von 800 000 M., wie im Vorjahre, für Beihilfe zur Bekämpfung der Tuberkulose und wiederum 600 000 M. für Beihilfe zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleintindersterblichkeit.

Buchdruck einst und jetzt.

Eine der schönsten und allgemein gefeierten Ausstellungen ist zur Zeit in den Schauräumen der preussischen Staatsbibliothek zu sehen, die Ausstellung „Berliner Buchdruck einst und jetzt“.

Gemeinsam mit der Berliner Typographischen Gesellschaft, dieses für die künstlerische Entwicklung des Buchdruckgewerbes so hochverdienten Vereins, der außer den Fachleuten aus allen Lagern auch die Freunde der „schwarzen Kunst“ umfaßt, und der Staatsbibliothek, die aus ihren reichen historischen Beständen das Material beigelegt hat, ist diese Ausstellung entstanden. Was sachlich an den kostbaren Karikaturen interessiert, wie es die ersten Incunabeln am besten bezeugen, oder die Versuche des berühmten Druckers Runge (1607) und vor allem die Arbeiten des Berliner Buchdruckers und Verlegers Johann Friedrich Unger (geb. 1753, gestorben 1804 zu Berlin), dieses seltenen künstlerischen und geistigen Menschen, der dem Buchdruckwesen Bahnen erschloß, die heute noch gültig sind, dieses Sachliche wird dem Nichtfachmann nicht immer verständlich sein. Mehr dagegen der Eindruck, der aus den aufgeschlagenen Dokumenten der Zeiten spricht. Die Geschichte des Berliner Buchdrucks ist ein langes Kapitel und erfordert seine eigene gelegentliche Abhandlung. Da die Ausstellung den Luftzug in der Reihe von Jubiläumsgedenkseiten bildet, die die Berliner Typographische Gesellschaft anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens begeht, ist es wichtig, auf die Tätigkeit des Vereins und sein Wirken auf den Berliner Buchdruck während der letzten 50 Jahre hinzuweisen.

Wir erhalten ein Bild zeitgeschichtlicher Entwicklung, das vor allen Dingen zeigt, wie wachsam das Buchdruckgewerbe das Handwerkliche auch weiterhin trotz Rationalisierung pflegte. Man muß die Schülerarbeiten der graphischen Fachklassen an der Kunstgewerbe- und Handwerkerlehre sehen, um die dort gepflegte, ernsthafte und fruchtbare Entwurfsarbeit für Satz und Druck zu studieren. Die Reichsdruckerei, auf bekannter drucktechnischer Höhe, stellt Meisterwerke des Handdrucks wie auch hochkünstlerische Schriften und farbige Lithographien aus. Aus der großen Zahl führender Berliner Buchdruckereien zeigt vergleichsweise der „Phönix“ Illustrationsdruck und Verlag seine Zeitschriftenausstattungen in Buntdruck: „Frauenwelt“, „Der wahre Jakob“ und die elegant bunten Modeblätter. Die „Vorwärts“-Druckerei ist gleichfalls durch einige vorbildliche Arbeiten vertreten. Die Ausstellung wurde mit Begrüßungswörtern

Direktor Jacobs von der Staatsbibliothek und des Vorsitzenden der Typographischen Gesellschaft, Königer, eröffnet; Bibliotheksrat Prof. Crois gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Berliner Buchdrucks. Sängerkörpers des Männerchors 1907 der Reichsdruckerei umrahmten die bedeutsame Feier mit schönen Darbietungen. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt täglich zu besichtigen.

50 Jahre Typographische Gesellschaft.

Eine große wissenschaftliche Organisation von weltweidender Bedeutung, die Berliner Typographische Gesellschaft, konnte auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken.

Genau vor einem halben Jahrhundert, am 1. Dezember 1879, wurde die Gesellschaft gegründet. Den Höhepunkt dieses 50jährigen Bestehens bildete am Sonntag mittag ein feierlicher Festakt im Rathaus. Eine städtische Festgemeinde füllte den großen Saal bis auf den letzten Platz. Nach einer Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden Gustav Königer hielt Professor Dr. Glaser, der Direktor der Städtischen Kunstbibliothek, einen Festvortrag über „Kunst und Typographie unserer Zeit“. In einem historischen Rückblick schilderte der Vortragende unter anderem den wachsenden Weg der Buchdruckerkunst. Die achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bedeuteten keinen rühmlichen Zeitabschnitt in der Stilbaukunst. In allen Zeiten lehnten Bau- und Schriftform eng aneinander. Und gerade die Zeit dieses Niederganges in der Stilbaukunst bedeutete gleichsam einen Niedergang des Buchdrucks. Das gab zu denken, und es kam das Erwachen des Gewissens, das Buch zu reformieren, es ästhetischer und wertvoller zu gestalten. Für die Entwicklung der Stilform war dann die Erfindung der Maschine von bestimmender Bedeutung. Viele Wege wurden nun beschritten, vor allen Dingen aber ging das Bestreben der Typographen dahin, eine Schrift zu schaffen, die mühelos übersehen und vom Leser schnell erfasst werden konnte. Eine Aufgabe der Zukunft muß es sein, so schloß Prof. Dr. Glaser, alle neuen Möglichkeiten, die unsere Zeit uns bietet, zu erschaffen, um die eingeschlagenen Wege erfolgreich weiter zu beschreiten.

Unter den zahlreichen Ansprachen war die des Stadtverordnetenvorsitzers Hah von besonderer Bedeutung, in der er sich für eine bessere und weitere Vorbildung des jungen Nachwuchses warm einsetzte. Der Festakt war von musikalischen und gesanglichen Darbietungen würdig umrahmt.

Raubüberfall auf Stationsvorsteher.

Der Räuber mit der Stationskassette entkommen.

Swinemünde, 2. Dezember.

Ein verwegener Raubüberfall wurde im Stationsgebäude des Bahnhofs Ruhow an der Strecke Swinemünde-Daherow verübt. Gegen 1/10 Uhr abends erschien im Dienzimmer plötzlich ein junger Mensch, der dem diensthabenden Beamten mit einem schußbereiten Revolver entgegentrat und unter der Drohung „Hände hoch“ Geld forderte. Da Hilfe nicht zur Stelle war, blieb dem Beamten nichts weiter übrig, als dem Räuber die Stationskassette, die etwa 50 M. enthielt, auszuliefern. Darauf entfernte sich der Räuber unter der nochmaligen Drohung, er würde den Beamten erschießen, falls er Hilfe herbeieferte.

Die ersten Strohenbahn-D-Züge. Die beiden von der Berliner Verkehrs-A.G. vor längerer Zeit bestellten Straßenbahn-D-Züge sind nunmehr von der Aufsichtsbehörde abgenommen worden. Die BZG. wird zunächst umfassende Probe- und Betriebsfahrten auf verschiedenen Strecken des Strohenbahnnetzes durchführen. Nach Ablauf dieser auf mehrere Wochen bemessenen Probezeit werden die neuen D-Züge auf bestimmten Linien in den allgemeinen Betrieb genommen und dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Capablanca in Berlin. Mittwoch, 4. Dezember, 20 1/2 Uhr, gibt der ehemalige Schachweltmeister Capablanca kurz vor seiner Abreise aus Europa im „Rokka Efil“, Friedrich-Ede Leipziger Straße eine Simultanvorstellung. Capablanca wird an diesem Abend gegen 30 Partner spielen.

Das Blatt der Lüge und Verleumdung. In der „Roten Fahne“ Nr. 244 vom Sonnabend, dem 30. November, wird in einem Artikel „Tagt Höring-Garden zum Teufel“ der Genosse Dietrich, Weidenweg 66, als „Reichsbanner-Kollonkommando-Bandit“ bezeichnet. Genosse Dietrich gibt uns dazu folgende Erklärung: „Ich bin imlande, 250 Zeugen zu benennen, daß ich an dem Vorfall überhaupt nicht beteiligt war.“

Als Pelzjäger im Feuerland! lautete das Thema des Vortrags, den Herr Hugo Weber unter Vorführung zahlreicher Bildtafeln am Mittwoch, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal der Treptow-Sternwarte im „Berein von Freunden der Treptow-Sternwarte“ hielt. Gäste haben gegen Lösung einer Karte Zutritt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. nach). Anfangs kühe mit Regenschauern, später Regung zu neuem Anbruch Wetter, aufziehende Wolke, weitrückend. — Für Deutschland: Am Süden noch weit heiler, im Westen veränderlich, in Mitteldeutschland nach Regenschauern ebenfalls unbeständig, im Osten meist klarer, bewölkt mit Regenschauern, im Süden stellenweise Nachfröht.

Die Raubermittlung wird mit Freude begrüßt, daß den 25-Stück-Gesetz-Verordnungen zu 5 W. jetzt 5 Einheiten beiliegen.

Der Arzt empfiehlt bei Nischias

die Grünfeld-Rollstühle, weiß, geblickt, Größe 150x200 Zentimeter, 11,75 M. als bestes Einzigartig für den Körper und als bestes Ersatz für alle anderen Mittel. (Auch dem Gesunden zu empfehlen!)

Leipziger
Straße
20-22

Leinhardt Linsen- und Brillenfabrik
F. Grünfeld

Kurfürsten-
damen
227

G. höchstes Sonderhaus für Leinen und Wäsche

Luxus
Stolz
und
Freude



Adler könnte billiger bau'n,
aber nicht preiswerter!

Kraftvoll - Stilvoll - in jeder Beziehung vollendet...

Der Adler Standard 8 hat sich in aller Stille einen Freundeskreis geschaffen, der durch persönliche Empfehlungen wächst und wächst.

Dieser Achtzylinder ist kein Blender, nur für den Ausstellungsraum zu rechtgestutzt; Sondern ein gediegenes Fahrzeug, geschaffen für jene, denen Neigung und Beruf in gleicher Weise Repräsentation wie vornehme Zurückhaltung gebieten.

Der Standard 8 ist die Krone der Adler-Produktion — der Stolz des Werks, die Freude der Kunden.

Wie alle Adler ist auch er dazu bestimmt, den höchsten Ansprüchen an Fahrzeuge seiner Klasse zu genügen. —

Wie alle Adler ist auch er
geadelt durch deutsche Arbeit und deutschen Willen zur Qualität.

ADLER



FILIALE BERLIN, BELLE-ALLIANCE-STRASSE 6, UNTER DEN LINDEN 12-13, HARDENBERGSTRASSE 29a-e (GEGENÜBER DER GEDÄCHTNISKIRCHE)
Weitere eigene Werksfilialen: Breslau / Hamburg / Hannover / Karlsruhe i. B. / Königsberg i. Pr. / Leipzig / München / Nürnberg / Stuttgart

Aufstieg oder Niedergang?

Die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Wirtschaftspolitik.

Seit Wochen herrscht in den Verbänden der Unternehmer sowohl wie auch in der bürgerlichen Presse politische Hochkonjunktur. Man redet sich und der Öffentlichkeit ein, daß durch die Annahme des Young-Planes und die damit verbundenen Senkungen der Reparationslasten viel an Steuererleichterungen zu erwarten ist, und man knüpft an die endgültige Regelung der Reparationsfrage durch den Young-Plan, besonders was den Zahlungsumfang der nächsten zehn Jahre und die endgültig bestimmte Dauer des Young-Planes anbelangt, die verständliche und berechtigte Hoffnung, daß zum mindesten die gesamte Finanzpolitik im Deutschen Reich rationalisiert werden kann. Vernünftige Leute sagen sich, daß auch über eine Wirtschaftspolitik insgesamt nachzudenken sei, die mit dem relativ geringsten wirtschaftlichen Aufwand die Reparationslasten tragbar macht, und sie knüpfen daran den Wunsch, daß über eine derartige gründliche Umstellung und Rationalisierung der gesamten Wirtschaftspolitik gerade jetzt, wo der Young-Plan, wenn auch schwere Lasten, so doch Ruhe und Sicherheit für die Dispositionen bringt, nachzudenken sei. Selbstverständlich haben wir vor diesen Bemühungen den größten Respekt. Denn die Klärung dieser Fragen liegt auch im Interesse der Arbeiterschaft, und die Arbeiterschaft hat nur darüber zu wachen, daß Sonderinteressen das Rad der Wirtschaftsentwicklung nicht rückwärts zu drehen versuchen, und daß das Interesse der Arbeiterklasse, das in einer wirtschaftlichen Demokratie auch unter kapitalistischen Verhältnissen immer mit dem gesamtwirtschaftlichen Interesse identisch ist, bei diesen Überlegungen zur Umstellung der Wirtschaftspolitik nicht zu kurz kommt.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie ist der mächtigste der deutschen Interessentenverbände, der an diesen Überlegungen auch ein Interesse hat. Seine Organe haben wochenlang hinter verschlossenen Türen getagt, sie haben jetzt der Öffentlichkeit eine Denkschrift überreicht unter dem Titel „Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929“. Man sieht an dem Untertitel, daß der Reichsverband sein Ziel sehr weit gesteckt hat. Denn er will nicht nur eine Finanzreform, sondern auch eine Wirtschaftsreform — wobei man schon aufhorchen muß — und er versteht den Titel „Aufstieg oder Niedergang“ mit einem Fragezeichen, woraus abzulesen ist, daß er den vom ihm der Öffentlichkeit und der Reichsregierung zurückgegebenen Forderungen den Aufstieg Deutschlands zuschreibt, wenn sie erfüllt werden, und den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands, wenn sie nicht erfüllt werden. Diese Forderungen haben wir uns jetzt zumutend ihrer Begründung anzusehen.

Kapitalbildung nur in den Betrieben.

Die erste Forderung, das Rückgrat der ganzen Denkschrift überhaupt, ist die Förderung der Kapitalbildung. Nach der Auffassung der Unternehmer der „Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, Finanz- und Sozialpolitik unter den für die deutsche Wirtschaft heute gegebenen Umständen“. Nur diejenige Kapitalbildung soll gefördert werden, die auf kürzestem und sicherstem Wege das neu gebildete Kapital der Produktion zuführt. Das soll geschehen dadurch, daß die Unternehmungen über die Sicherung der Rentabilität hinaus Eigenkapital bilden können, und dadurch, daß die deutsche Wirtschaft von „allen wirtschaftlichen Hemmnissen befreit“ wird.

Die „Notwendigkeit der Kapitalbildung“ ist in Deutschland schon fast zur Behörde geworden. Der Reichsverband hat diese Forderung in dieser Denkschrift zur denkbar größten Schärfe konzentriert, wenn auch in der Begründung eine konzentrierte Form gewählt wird. Aber gerade die gegebene Begründung zeigt, daß es sich in der vom Reichsverband geäußerten Formulierung um eine einseitige Interessentenforderung handelt, die den Interessen der Gesamtwirtschaft und besonders der augenblicklichen Lage der Deutschen Wirtschaft nicht gerecht wird. Durch Kapitalbildung ausschließlich in den Betrieben der Unternehmer unter Abrechnung der Kapitalbildung bei den arbeitenden Massen oder in der öffentlichen Wirtschaft sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mit dem Diktum, daß nicht nur der Abzug oder Nachfrageleite, sondern von der Produktions- oder Angebotsseite allein die heute richtige Kapitalbildung erfolgen kann, wird ausdrücklich die Theorie abgelehnt, daß der volkswirtschaftliche Aufstieg primär durch Konsumförderung der verbrauchenden und arbeitenden Massen im Inlande gesichert werden könne. Die Arbeiterschaft vertritt die hier abgelehnte Theorie aus volkswirtschaftlicher Überzeugung ebenso wie sie die deutschen Unternehmer von ihrem Interessensstandpunkt im Interesse der Kapitalbildung, wie sie behaupten, sie ablehnen.

Wir wissen nicht, ob die deutschen Unternehmer die Amerikaner mit ihrem zweifellos sehr tüchtigen kapitalistischen Präzedenzfall Hoover für Dummköpfe halten. In den Vereinigten Staaten wird gegenwärtig der Ausbruch einer Krise nachdrücklich durch alles das bekämpft, was der Reichsverband der Industrie in seiner Denkschrift für unproduktiv erklärt, durch die Verhinderung des Abbaus von Löhnen, sogar durch unmittelbare Erhöhung von Löhnen, durch Verstärkung der öffentlichen Ausgaben, durch Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft, also durch lauter Maßnahmen, die in der Unternehmerdenkschrift die Voraussetzungen der Kapitalbildung und damit den Aufstieg der deutschen Wirtschaft zerstören. Nun befindet sich aber gerade Deutschland in diesem Augenblick in einem freilich unglücklichen, wenn man der Denkschrift des Verbandes glauben darf, und es ist nicht fahbar, weshalb daselbst, was nach der Auffassung Hoovers eine Krise verhindern soll, in Deutschland den Niedergang herbeiführen soll.

Der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft

umschließt die zweite Gruppe der vom Reichsverband aufgestellten Forderungen. Grundfällige Anerkennung der Gewerbefreiheit soll die Grenze der Staatseingriffe in die Wirtschaft bestimmen. Dem Staat in der Wirtschaft nur, was die Privatwirtschaft nicht leisten will: volle Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen, Beseitigung der Zwangswirtschaft (Wohnungen) und fast reflexlose Autonomie der Kartelle und Monopole im Staate. Das sind die Forderungen.

Hier soll mit gewaltigem Ruck das Rad der Wirtschaftsentwicklung rückwärts gedreht werden. Die öffentliche Wirtschaft soll privatisiert werden, wo die Privatwirtschaft „unbillig beeinträchtigt“ wird und wo die öffentliche Hand „unwirtschaftlicher arbeitet als die Privatwirtschaft“. Die Unternehmer schlagen keine Instanz vor, die diese Fragen zu entscheiden hat. Sie rechnen — ihr Gehülfe leitet die Reichsbank — mit den silbernen Augen. Die gegen die öffentliche Wirtschaft geschossen werden. Die Unternehmer verlangen — das ist neu — die Führung öffentlicher Unternehmungen grundsätzlich in privatrechtlicher Form, damit die silbernen Augen nicht an dem Panzer der „Regie“-Betriebe abprallen brauchen. Erben kann man von der öffentlichen Wirtschaft nämlich nur, wenn Aktien- oder G.m.b.H.-Anteile prozentual verteilt werden können.

Den Hausherrn zuliebe soll die Wohnungswirtschaft wirtschaftlich befähigt, sollen die Alt- den Neuzugewandten in länderlos 5 Jahren angelernt werden, die Hauszinssteuer soll belastet und in eine — vom Mieter zur Polymiete hinzu (?) zu tragende — Mietsteuer umgewandelt werden.

Grundfällige Gewerbefreiheit und Freiheit der Wirtschaft gelten vor allem den Kartellen. Der Reichsverband merkt den

Hohn auf eine solche vom Staat zu funktionierende „Gewerbefreiheit“ nicht, die Verbraucher und abnehmende Industrien dem Diktat der Kartelle und Kartelle ausliefert und jede Unternehmungs- und Marktfreiheit ungenutzt von Kartellen und Monopolen beseitigt. Der ökonomische Kalauer begegnet von neuem, daß der Staat das Kartell der Gewerkschaften und deren Organisationszwang schütze und fördere, während die Kartelle der Wirtschaft und deren Organisationszwang bekämpft würden.

Die Forderungen der Sozialpolitik

bringen alles in den vergangenen Jahren von den Unternehmern und Arbeitgeberverbänden gefordert in verschärfter Form. In der Sozialversicherung und in der Arbeitslosenversicherung soll die Tätigkeit des Staates auf staatlich organisierte Caritas — wie im alten System — zurückgeschraubt werden. Nur die „wirtschaftlich Schutzbefähigten und Selbständigen“ sind in der Sozialversicherung des Staates zu „betreuen“, und das Arbeitslosenversicherungsgesetz muß sofort so umgestaltet werden, daß der Haushalt der Reichsanstalt ohne jegliche Belastung des Reiches und ohne Erhöhung der Beiträge durch weitere Ersparnisse, das heißt durch Leistungsabbau bis zur völligen Entwertung der Leistung, in ein dauerndes Gleichgewicht gebracht wird.

Wird hier das Rad der Entwicklung bis zur staatlich organisierten Caritas der Vorkriegszeit zurückgedreht, so wird für das Tarif-, Schlichtungs- und Lohnwesen ganz deutlich und klar der Grundton der „Gewerbefreiheit“ gefordert. Grundfälligkeit wird jede Verbindlichkeitsklärung abgelehnt, und nur ausnahmsweise bei „Belastungsrisiken in lebenswichtigen Betrieben“ und bei „Gesamtschicksalen“, die die „Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung gefährden“, soll eine Verbindlichkeitsklärung zulässig sein, wobei die Verbindlichkeit nur auszusprechen werden soll nach einer unabhängigen Reichsschiedsstelle, die die Gesamtheit ihrer Beschlüsse nur mit Zweidrittelmehrheit — natürlich bei paritätischer Beteiligung — fassen soll. Das Kapitel über

Die Finanz- und Steuerreform

ist von geradezu ungeheurer Einseitigkeit und zeigt am deutlichsten, wie die organisierten Unternehmer Deutschlands die historische Situation der Rationalisierung des Young-Planes zum Klassenort der Unternehmer und zum Klassenort der Arbeiterschaft auszunutzen wollen, obwohl es auch hier an wohlmeinenden Phrasen volkswirtschaftlicher Gelehrsamkeit nicht mangelt. Kein Kapitel der ganzen Denkschrift zeigt so sehr auch den reaktionär-politischen Charakter der deutschen Unternehmerrunde und es ist ganz klar, daß die vom Reichsverband gewünschte Finanz- und Steuerreform den Staat und die Kommunen finanziell auf so lange Zeit mittelfern will, daß der politische Einfluß der arbeitenden Massen im Reich, in den Ländern und den Kommunen jede Gesetzgebung und jede Staats- und Kommunalpolitik unmöglich macht, die der Stärkung des kapitalistischen Systems und der Beherrschung dieses Systems durch eine Oligarchie von Wirtschaftsführern abträglich wäre. Da über die Finanzreform in der Denkschrift schon unendlich viel diskutiert worden ist, genügt hier die Aufzählung der vom Reichsverband der Industrie gestellten Forderungen.

Alle öffentlichen Ausgaben und Steuern im Reich, Staat und Kommunen sind zu senken.

Die Aufgaben von Reich, Ländern und Kommunen sind zu beschränken.

Die Beschaffung aller öffentlichen Einnahmen muß unter Entlastung der Privatwirtschaft durch Verstärkung der indirekten Besteuerung erfolgen.

Entsprechend ist das Ausgabenrecht aller Parlamente — auch durch Festlegung der Stellung eines Sparkommissars — zu beschränken.

Im einzelnen wird auf dem Gebiet der Steuerpolitik gefordert: sofortige und vollständige Beseitigung der Industriebelastung und der Rentenbankzinsen, sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer auf mindestens die Hälfte, gänzliche Beseitigung nach einer kurzen Ubergangszeit, Herabsetzung der Einkommensteuer vor allem in den mittleren und höheren Stufen,

das heißt, bei den Einkommen von 8000 bis 15000 M., und eine Herabsetzung des Höchstbetrags ganz allgemein auf 25 Proz., völlige Beseitigung der Kapitalertragssteuer auch für inländische Aktienwerte, Beseitigung der Hauszinssteuer, Halbierung der Grundvermögenssteuer, Herabsetzung bzw. Beseitigung der Kapitalverkehrs- und der Wertzuwachssteuer.

Für die eintretenden Steuerausfälle soll der Um- und Ausbau des Steuersystems erfolgen durch stärkere Anspannung insbesondere der Verbrauchsteuern und die Erhebung eines alle Bevölkerungskreise treffenden gemeindlichen Verwaltungs- und Kostenbeitrags, durch die Einführung einer allgemeinen Mietsteuer, die von den Mietern zu tragen ist, und durch Zuschläge zu den Realsteuern und eventuell auch durch Zuschläge noch zur Mietsteuer. Endlich müssen die öffentlichen Betriebe ebenso besteuert werden wie die privaten.

Zu diesem Steuer- und Finanzprogramm des Reichsverbandes läßt sich nur sagen, daß es das Klüglicke und — bei allem Willen zur Gerechtigkeit — unerschämteste ist, das man sich denken kann. Es bedeutet nicht nur eine absolut einseitige Lösung der Finanzreform zu Lasten der Massen und zur Konsolidierung des kapitalistischen Systems gegen den Staat und gegen die in jeder demokratischen Verfassung gewährtesten Rechte der Rechtsausübung des Volkes auch auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern es ist auch ausgezeichnet durch einen Grad von einseitiger Profitgier, die vollständig vergißt, daß mit einer Finanzreform unter der Herrschaft des Young-Planes auch wirtschafts- und finanzpolitische Dauerziele zu erreichen sind. Gegenüber dem Finanzplan des Reichsverbandes sind die von Sachverständigen wegen ihres Optimismus meist abgelehnten Vorschläge von Stolper ein Born nicht auszuschöpfender Wirtschaftsmöglichkeit. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat es fertiggebracht, ein Finanzprogramm zugunsten der Kapitaldiende aufzustellen, ohne eine Erhöhung des Existenzminimums in der Lohnsteuer zuzugestehen, an der bisher kein bürgerlicher Finanztheoretiker als Ausgleich für eine erhöhte Verbrauchssteuerbelastung vorbeizugehen gewagt hat.

Daß es dem Reichsverbande in erster Linie darauf ankommt, den historischen Augenblick der endgültigen Festlegung der Reparationslasten ausschließlich zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems und zur Vernichtung von allem auszunutzen, was diesem System gefährlich werden könnte, zeigen endlich die Forderungen zur Geld- und Kreditpolitik.

Die Beratungskommission für alle Ewigkeit

für jegliche lang- oder kurzfristige öffentliche Geldbeschaffung im Ausland und im Inland, das ist die ganz klare und mit besonderer Schärfe und Leidenschaft vom Reichsverband aufgestellte Forderung zur Eröffnung der öffentlichen Wirtschaft und zur Erzwingung der Privatfinanzierung der öffentlichen Wirtschaft. Klaffend und höhnisch zugleich ist der Satz in der Begründung, in der die Funktion des Reichsbankpräsidenten als Oberkontrolleur der öffentlichen Geldbeschaffungswirtschaft umrissen wird: „Die zentrale Brauchpflichtigung der ausländischen und inländischen Anleiheaufnahme der öffentlichen Hand muß nach unserer Auffassung dem Reichsfinanzminister unterstehen, der in dieser Beziehung die Beratung des Reichsbankpräsidenten nicht wird entbehren (!) können.“

Man wird der Geschichte das Urteil über die neue Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie überlassen dürfen. Wenn der Reichsverband von der vollen Durchführung seiner Forderungen den Aufstieg der deutschen Wirtschaft erwartet, so ist nach unserer festen Überzeugung der Niedergang der deutschen Wirtschaft nur zu verhindern, wenn das Programm des Reichsverbandes mit einer Mobilisierung aller demokratischen Kräfte im Staat und aller vernünftigen Kräfte in der Wirtschaft beantwortet wird.

Auslandsanleihen.

In USA. bessern sich die Aussichten weiter.

Der Eindruck verstärkt sich, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine neue Aktienhaufe auf absehbare Zeit nicht eintreten wird. Dagegen scheint sich das Interesse des kapitalanlegenden Publikums in den Vereinigten Staaten endgültig und mit viel Vertrauen den festverzinslichen Werten wieder zuzuwenden.

In der letzten Woche sind doppelt so viel Bonds an der New-Yorker Börse umgesetzt worden, als in den dem Börsentrach vorhergehenden Wochen. Auf der anderen Seite hatte sich am 1. Dezember gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres der Aktienumsatz auf ein Drittel gesenkt und noch gegen die vorhergehende Woche von 14 auf 8 Millionen Stück. Besonders bemerkenswert ist die ständige Verbesserung der deutschen Anleihekurse in New York. Die Kurse der siebenprozentigen deutschen Anleihe sind in den letzten vierzehn Tagen weiter von 95,1 auf 97,0 Proz. gestiegen, die 6½prozentigen haben sich noch stärker, und zwar von 87,9 auf 91,5 Proz. erhöht. Allerdings ist das Kursniveau auch der deutschen Dollaranleihen in New York noch immer unter dem Niveau der gleichen Zeit des Vorjahres.

Wenn es auch nach einige Zeit dauern wird, bis der amerikanische Kapitalmarkt ausnahmsfähig und vor allem billig genug sein wird, für langfristige deutsche Dollaranleihen, so ist doch die Besserung der Lage unverkennbar. Das Vorgehen der Stadt Berlin, sich zunächst mit einem kurzfristigen Kredit auf ein Jahr zu begnügen, und die heute an sich nicht ungunstigen, später vielleicht aber zu verbesserten Zinslasten nur auf kurze Zeit zu übernehmen, dürfte nach der Entwicklung auf dem amerikanischen Kapitalmarkt also gerechtfertigt sein.

Reichszentralkasse der Beamtenbanken.

Die Zusammenarbeit mit der Preußenkasse.

In Kassel haben die dem Beamtenbankgenossenschaftsverband angehörenden Beamtenbanken getagt und einstimmig beschlossen, mit Wirkung ab 1. Dezember eine Reichszentralkasse der Beamtenbanken in der Form einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin zu gründen.

Die Gründung hat den Zweck, den gesamten Geldverkehr der Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamten zusammenzufassen und mit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse zu-

sammenzuwirken, um mit einem zentralen Geldausgleich auch eine intensive Kontrolle der Tätigkeit der Beamtenbanken herbeiführen zu können. Wie bei solchen Ausgleichszentralen üblich, hätte die neue Bank selbst keinerlei direkte Kreditgeschäfte zu machen und auch keinerlei direkte Einlagen anzunehmen.

Wir halten die Neugründung für erfreulich, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit der staatlichen Preußenkasse, die als zentrale Genossenschaftsbank für die Beamtenbankgenossenschaftsbanken die gegebene Stelle ist. Wir versprechen uns von der Neugründung und ihrem Zusammenarbeiten mit der Preußenkasse eine dauernde und genaue Kontrolle der Geschäftsführung bei den angegliederten Beamtenbanken und vor allem auch eine Kontrolle bei der Zweckmäßigkeit der Kreditgeschäfte und der Auswahl der leitenden Persönlichkeiten.

Die Deutsche Beamtenbankzentrale in Berlin, die Zentralkasse des Deutschen Beamtenbankgenossenschaftsbundes, war auf der Kasseler Tagung nicht vertreten, was jedoch für die Möglichkeit des Anschlusses an das neue Netz der Beamtenbanken noch nichts befugt. Es wäre zu wünschen, daß auch für Berlin die Einheit der Beamtenbankwirtschaft in Anlehnung an die Preußenkasse gesichert würde, da im Interesse der Beamten kein Einfluß zu teuer erscheinen kann, der die Sicherheit in der Verwaltung der Beamten-gelder erhöht.

Die Wirtschaft im November.

Industrie- und Handelskammern sind optimistisch.

Die preussischen Industrie- und Handelskammern, die in ihrem laufenden Monatsberichten die Lage der Wirtschaft eher zu schwarz als zu rosa darstellen, beurteilen die Entwicklung im November ziemlich günstig.

Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Zusammenbrüche in der Wirtschaft, besonders im Kantarlen, im November noch zugunommen haben. Im allgemeinen aber habe sich die Lage der Wirtschaft nicht wesentlich verschlechtert. Der Rohlenmarkt verbesserte sich sogar noch gegenüber dem Oktober. Auch auf dem Eisenmarkt war zu Anfang des Monats der Auftragsgang lebhaft.

Die Lage der chemischen Industrie blieb im allgemeinen befriedigend und auch bei der Textilindustrie war eine teilweise Besserung festzustellen. Ansätze zur Besetzung zeigten sich gleichfalls bei den übrigen für den Konsum der Bevölkerung arbeitenden Industrien. Die Kapitalknappheit blieb nach wie vor groß, doch scheint sich eine Entlastung der Kreditmärkte anzubahnen. Der Großhandelsindex ist weiter gesunken und die Preise der Rohstoffe sind im Durchschnitt um 2,3 Proz. niedriger als vor einem Jahr.

Auslieferungsgesetz / Asylrecht.

Arbeitsminister Wiffelt über Arbeiterfachbildung.

Der Reichstag beriet am Montag nachmittag zunächst das Auslieferungsgesetz.

Abg. Dr. Marum (Soz.):

An Stelle der Verwaltungswillkür tritt nun das Erfordernis eines Spruches des Gerichtes nach mündlicher Behandlung und Beweishebung. Die Rechte des Beschuldigten sind sogar stärker geschützt, als in der Strafprozeßordnung. Die Auslieferung wegen politischen Vergehens wird nur mehr zulässig sein bei einem vorläufigen Anschlag auf das Leben. Aber selbst wenn das Gericht die Auslieferung zuläßt, ist die Regierung nicht gezwungen, sie zu vollziehen. Wir verwerfen den politischen Nord, der Täter hat seine volle Verantwortung zu tragen. Das politische Asylrecht gehört in ein anderes Gesetz. Bei Trocki handelt es sich nicht um das Asylrecht, denn er ist nicht geflüchtet, sondern verbannt. Es ist

ein starkes Stück, daß Trocki, der ein Asylrecht nicht gewäherte, es auch nicht anerkennt und wider seine Gegner den schärfsten Terror, sogar die Todesstrafe angewendet hat, auf Grund der von ihm verworfenen Demokratie das Asylrecht fordert. Trockdem bedauern wir bei allem Verständnis für die Haltung unserer Regierung, daß sie und andere demokratische Regierungen Trocki die Einreise verweigern.

Die Bestimmung, daß der Ausgelieferte nicht einer Strafe unterworfen wird, die es in Deutschland nicht gibt, also z. B. Prügelstrafe und hinstellend auch bald Todesstrafe, beantragen wir im § 6a einzufügen. Deutschland spricht bei Auslieferungen bereits den Wunsch aus, daß die von ihm abgeschaffte Todesstrafe nicht vollzogen werde, und Deutschland entspricht regelmäßig diesem Wunsch. Wer beantragt zu dem Gesetz, das durch die Verbesserungen im Ausschuh für uns annehmbar geworden ist, noch folgenden Zusatz zum § 20: Die Höchstdauer der Auslieferungshalt beträgt vier Monate und, soweit ein außereuropäischer Staat um die Festnahme ersucht hat, sechs Monate. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Freytag-Loringhooen (Dnat.) befürchtet von dem Gesetz eine Erschwerung von Auslieferungen, die sogar durch ungeschickte Formulierung des Auslieferungsantrages verhindert werden könnten; er wünscht volle Freiheit des Verhandlungsweges ohne gesetzliche Einschränkung.

Ein Antrag **Frid (Nat.-Soz.)** fordert, daß solche Deutsche, deren Auslieferung vom Ausland durch falsche Angaben deutscher Behörden erwirkt worden ist, nach Glaubhaftmachung dieser Tatsache frei zu lassen sind.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) bekämpft das Gesetz. Die zur Entscheidung berufenen Oberlandesgerichte werden genau so gegen die Befürchtungen entscheiden, wie das Reichsgericht. Wir fordern Freikennzeichnung des Asylrechts, zumal die Verfolgung proletarischer Revolutionäre heute in vielen Ländern schärfer ist als je zuvor. Sogar England ist nicht mehr das klassische Land des politischen Asylrechts. Wie kann man in Deutschland politische Flüchtlinge wegen Fahmangels bestrafen, sie erhalten doch keinen Paß!

Reichsjustizminister v. Guérard: Die Forderung nach einem Auslieferungsgesetz ist schon 1892 vom Reichstag erhoben worden. Das Reich hat sich immer in diesen Fragen zuständig erklärt. Die sozialdemokratische Forderung auf Berücksichtigung des Strafsystems des Landes, in das ausgeliefert wird, läßt sich auch erfüllen ohne eine Aenderung des Gesetzes.

Abg. Dr. Emminger (Bayer. Sp.) beantragt Streichung des vom Ausschuh eingebrachten § 43a, der die Zuständigkeit der Reichsregierung für Entscheidungen über Auslieferungsbegehren feststellt.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.): Obwohl die Reichsverfassung die Auslieferung Reichsdeutscher ins Ausland verbietet, bestimmt das Rheinlandabkommen, daß die Bejahung Auslieferungen aus dem unbesetzten Gebiet verlangen könne. Aber Sie haben ja das „Freiheitsgesetz“ abgelehnt, das diesen Skandal beseitigt hätte. (Allgemeines Staunen.) Unser Antrag ist durch die Fälle Fahlbusch und Eckermann veranlaßt. Fahlbusch ist durch falsche Angaben auf deutschen Boden gelockt und dann verhaftet und hergebracht worden; Eckermann ist Guatemala gegenüber als Meuchelmörder ausgegeben und darauf in einen Indioort geworfen und gefesselt transportiert worden, so daß der Indioortspolizist gegen den Befehl der Deutschen Gefandtschaft ihm aus Erbarmen die Fesseln abnahm. So behandelt man untadelige Ehrenmänner, die sich in der Not für das Vaterland eingesetzt haben und die man Fremdenmörder nennt. Eckermann ist freigesprochen worden, weil das Gericht ebenso wie das Reichsgericht den Patriotismus dieser Ehrenmänner anerkennt hat.

Reichsjustizminister v. Guérard:

Die Behauptungen über die Behandlung des Herrn Eckermann haben sich bei der amtlichen Untersuchung größtenteils als un wahr erwiesen; die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) ruft dem Abg. Frid zu, daß man die Auslieferung an Befehlungsbehörden am besten verhindere, wenn man aus dem besetzten ein unbesetztes Gebiet mache. Das hätten die jetzigen Regierungsparteien getan, während die Nationalsozialisten dabei, wie in allem, versagen. Gegenüber Dr. Emminger betont der Redner, Bismarck hätte sich Auslieferungstragen nie von den Ländern aus der Hand nehmen lassen.

Das muß Reichsfläche bleiben, denn die ausländischen Beziehungen können durch Auslieferungstragen sehr beeinträchtigt werden.

Uebrigens werden kleinere Fälle, die nicht Reichsinteressen betreffen, den Ländern zur Entscheidung übertragen werden.

Die §§ 1 bis 4 werden in der Ausschuhfassung angenommen. Auf kommunistischen Antrag wird mit Zustimmung der Sozialdemokraten, Demokraten und Nationalsozialisten ein § 4a eingefügt, wonach Auslieferung nicht zulässig ist, wenn die drohende Strafe nach der Gesetzgebung Deutschlands und des die Auslieferung verlangenden Staates drei Jahre Gefängnis nicht übersteigt. Ueber den § 6a, der von den Sozialdemokraten beantragt ist, muß durch Hammelsprung entschieden werden. Es stimmen 112 mit Ja und 92 mit Nein.

tomit ist das Haus nicht beschlußfähig, die Sitzung muß geschlossen werden.

Fünf Minuten darauf beginnt die neue Sitzung mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung: Aenderung und Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes.

Abg. Peine (Soz.) weist Angriffe der Wirtschaftspartei auf die Konjunkturoffensiven zurück und wendet sich besonders gegen die Manöver gewisser Feinde der Arbeitergenossenschaften, die Leute in Konjunkturläden schicken, um einen Verkauf an Reichsmitteln zu erzwingen, vorüber dann großes Geschrei erhoben wird.

Das Gesetz geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuh.

Es folgt die erste Beratung eines Berufsausbildungsgesetzes.

Reichsarbeitsminister Wiffelt:

Der große Aufschwung des Berufsausbildungswesens, die vielen Fortschritten und Anregungen auf diesem Gebiet sind die Folgen der Erkenntnis, daß eine gut ausgebildete und mit hohem Interesse erfüllte Arbeiterschaft in der Gegenwart und auch für die Rationalisierung unentbehrlich ist. Auf absehbare Zeit wird nur ein Teil der deutschen Produktion für ausgesprochene Massenherstellung in Frage kommen, nämlich nur soweit die Voraussetzungen des Marktes dafür vorhanden sind; die übrige deutsche Produktion bleibt auf Qualitätserzeugung angewiesen. Dafür ist aber die Fachausbildung von größter Wichtigkeit. Gerade oder einseitige Fachbildung ist oft der Anlaß zur Arbeitslosigkeit, namentlich auch bei Konjunkturschwankungen. Gut ausgebildete Arbeiter sind für den Betrieb so viel wert, daß sie auch in Zeiten schlechter Konjunktur eher durchgehalten werden. Das Gesetz will der Fortbildung, Anzulanglichkeit und zum Teil auch den veralteten Zuständen auf diesem Gebiet ein Ende machen. Bis jetzt waren die Vorschriften zum Teil in der Gewerbeordnung, zum Teil im Handelsgesetz verstreut, und es gab auch kein allgemeines Recht der Berufsausbildung Jugendlicher. Die Selbstverwaltung und Aufsichtslaura des Lehrlingswesens galt nur für Handwerksbetriebe. Ebenso ist auch das Prüfungswesen gesehlich heute auf die handwerkliche Bechtlinghaltung beschränkt.

Der vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium gemeinsam bearbeitete Entwurf ist der Versuch, zum erstenmal das gesamte Gebiet einheitlich zu regeln mit Ausnahme der Berufsausbildung in der Landwirtschaft. Wir beabsichtigen nicht eine schematische Gleichregelung. Die Einzelheiten bleiben den geschlichen Berufsvertretungen überlassen, da der Entwurf als Rahmengesetz der Selbstverwaltung der Beteiligten weitesten Spielraum gewährt. Er will, wenn auch in geringeren Umfang,

auch die angeleserten und unangeleserten Arbeiter erfassen.

ist also nicht nur ein Lehrlingengesetz. Seine Vorschriften liegen in fürsorgerischer und erzieherischer Linie, und er bezieht sich in mancher Hinsicht mit dem Arbeitsjahrgesetz. Er umschließt grundsätzlich alle Jugendlichen vom 14. bis zum 18. Lebensjahr, die einer Beschäftigung nachgehen, entweder Arbeit gegen Geld oder zum Zweck der Berufsausbildung leisten, ferner die Jugendlichen unter 14 Jahren, die nicht mehr zum Besuch der Volksschule angehalten werden können, und die Lehrlinge über 18 Jahre, wenn das vorher begonnene Lehrverhältnis erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres endet. Das Gesetz wird auch ohne weiteres für die Landwirtschaft anwendbar sein, im übrigen werden die paritätischen Ausschüsse bei den Landwirtschaftskammern weitesten Spielraum dabei haben.

Nach Ansicht der Reichsregierung sind aber die Verhältnisse in der Landwirtschaft doch besonders getragert. Die Reichsregierung

MAKEDON CIGARETTEN

DEM RAUCHER!
Man spricht von „Maschinen, Packungen, Schutz- und Herstellungsart der Cigaretten“. Wir behaupten, daß weit über diese Selbstverständlichkeiten, die zur Herstellung von Cigaretten bekannt sind, unsere Marken allein den langersehten Wunsch nach einer Standardmarke erfüllen. Unsere Cigaretten verkörpern den fachmännischst getroffenen Geschmackstyp durch feinste Verbindung von mazedonischen Tabaken. Kaufen Sie eine Schachtel, rauchen Sie langsam, und Sie werden sich von der Wahrheit überzeugen. Wir arbeiten für Sie. Achten Sie bitte beim Kauf auf das Wappen, es garantiert allein für die Echtheit.



SOZIAL PERFECT SELECT

4⁸

5⁸

6⁸

MAKEDON G.M.B.H. CIGARETTENFABRIK, MAINZAMRHEIN

